



**2015/0068(CNS)**

29.9.2015

# **ÄNDERUNGSANTRÄGE 27 – 178**

**Entwurf eines Berichts**

**Markus Ferber**

(PE560.586v01-00)

Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich  
der Besteuerung

Vorschlag für eine Richtlinie

(COM(2015)0135 – C8-0085/2015 – 2015/0068(CNS))



## Änderungsantrag 27

Marisa Matias, Fabio De Masi, Rina Ronja Kari, Paloma López Bermejo, Miguel Viegas, Dimitrios Papadimoulis

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Erwägung 1

##### *Vorschlag der Kommission*

(1) Steuervermeidung durch Nutzung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen, aggressive Steuerplanung und ein schädlicher Steuerwettbewerb entwickeln sich zu einer immer größeren Herausforderung und sind in der Europäischen Union wie auch weltweit in den Fokus gerückt. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage hat eine beträchtliche Minderung der nationalen Steueraufkommen zur Folge, was die Mitgliedstaaten wiederum daran hindert, eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik auf den Weg zu bringen. Insbesondere Vorbescheide, die steuermotivierte Gestaltungen betreffen, führen dazu, dass künstlich *erhöhte* Einkünfte einer niedrigen Besteuerung in dem den Vorbescheid erteilenden Land unterworfen werden und in anderen beteiligten Ländern möglicherweise nur künstlich verringerte steuerpflichtige Einkünfte verbleiben. Daher ist dringend für mehr Transparenz zu sorgen. Zu diesem Zweck müssen die mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates<sup>13</sup> eingeführten Instrumente und Mechanismen gestärkt werden.

##### *Geänderter Text*

(1) Steuervermeidung durch Nutzung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen, aggressive Steuerplanung und ein schädlicher Steuerwettbewerb entwickeln sich zu einer immer größeren Herausforderung und sind in der Europäischen Union wie auch weltweit in den Fokus gerückt. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage hat eine beträchtliche Minderung der nationalen Steueraufkommen zur Folge, was die Mitgliedstaaten wiederum daran hindert, eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik auf den Weg zu bringen ***und ihren verfassungsrechtlichen Verpflichtungen in Bezug auf Menschenrechte nachzukommen, wodurch die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit erhöht wird, die politische Macht grenzüberschreitender Unternehmen gesteigert wird und Besteuerung auf weniger mobile Faktoren wie Arbeit und Verbrauch verlagert wird, wodurch das Steuersystem weniger progressiv wird und das Demokratiedefizit gesteigert wird.*** Insbesondere Vorbescheide, die steuermotivierte Gestaltungen betreffen, führen dazu, dass künstlich *verringerte* Einkünfte einer niedrigen Besteuerung in dem den Vorbescheid erteilenden Land unterworfen werden und in anderen beteiligten Ländern möglicherweise nur künstlich verringerte steuerpflichtige Einkünfte verbleiben. Daher ist dringend für mehr Transparenz zu sorgen. Zu diesem

Zweck müssen die mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates<sup>13</sup> eingeführten Instrumente und Mechanismen gestärkt werden.

---

<sup>13</sup> Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1).

---

<sup>13</sup> Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1).

Or. en

## Änderungsantrag 28 Sander Loones

### Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 1

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) Steuervermeidung durch Nutzung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen, aggressive Steuerplanung und ein schädlicher Steuerwettbewerb entwickeln sich zu einer immer größeren Herausforderung und sind in der Europäischen Union wie auch weltweit in den Fokus gerückt. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage hat eine beträchtliche Minderung der nationalen Steueraufkommen zur Folge, was die Mitgliedstaaten wiederum daran hindert, eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik auf den Weg zu bringen. **Insbesondere** Vorbescheide, die steuermotivierte Gestaltungen betreffen, **führen** dazu, dass künstlich erhöhte Einkünfte einer niedrigen Besteuerung in dem den Vorbescheid erteilenden Land unterworfen **werden** und in anderen beteiligten Ländern **möglicherweise** nur künstlich verringerte steuerpflichtige Einkünfte **verbleiben**. Daher **ist** dringend für **mehr** Transparenz zu sorgen. Zu diesem Zweck müssen die

#### *Geänderter Text*

(1) Steuervermeidung durch Nutzung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen, aggressive Steuerplanung und ein schädlicher Steuerwettbewerb entwickeln sich zu einer immer größeren Herausforderung und sind in der Europäischen Union wie auch weltweit in den Fokus gerückt. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage hat eine beträchtliche Minderung der nationalen Steueraufkommen zur Folge, was die Mitgliedstaaten wiederum daran hindert, eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik auf den Weg zu bringen. **In speziellen Fällen haben** Vorbescheide, die steuermotivierte Gestaltungen betreffen, **jedoch** dazu **geführt**, dass künstlich erhöhte Einkünfte einer niedrigen Besteuerung in dem den Vorbescheid erteilenden, **ändernden oder überarbeitenden** Land unterworfen **wurden** und in anderen beteiligten Ländern nur künstlich verringerte steuerpflichtige Einkünfte **verblieben sind**. **Im Einklang**

mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates<sup>13</sup> eingeführten Instrumente und Mechanismen gestärkt werden.

*mit den OECD-Standards ist daher dringend für eine Steigerung der gezielten* Transparenz zu sorgen. Zu diesem Zweck müssen die mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates<sup>13</sup> eingeführten Instrumente und Mechanismen gestärkt werden.

---

<sup>13</sup> Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1).

---

<sup>13</sup> Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1).

Or. en

## **Änderungsantrag 29**

### **Bernd Lucke**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Erwägung 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) Steuervermeidung durch Nutzung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen, aggressive Steuerplanung und ein schädlicher Steuerwettbewerb entwickeln sich zu einer immer größeren Herausforderung und sind in der Europäischen Union wie auch weltweit in den Fokus gerückt. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage hat eine beträchtliche Minderung der nationalen Steueraufkommen zur Folge, was die Mitgliedstaaten wiederum daran hindert, eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik auf den Weg zu bringen. Insbesondere Vorbescheide, die steuermotivierte Gestaltungen betreffen, führen dazu, dass künstlich erhöhte Einkünfte einer niedrigen Besteuerung in dem den Vorbescheid erteilenden Land unterworfen werden und in anderen beteiligten Ländern

#### *Geänderter Text*

(1) Steuervermeidung durch Nutzung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen, aggressive Steuerplanung und ein schädlicher Steuerwettbewerb entwickeln sich zu einer immer größeren Herausforderung und sind in der Europäischen Union wie auch weltweit in den Fokus gerückt. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage hat eine beträchtliche Minderung der nationalen Steueraufkommen zur Folge, was die Mitgliedstaaten wiederum daran hindert, eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik auf den Weg zu bringen. Insbesondere Vorbescheide, die steuermotivierte Gestaltungen betreffen, führen dazu, dass künstlich erhöhte Einkünfte einer niedrigen Besteuerung in dem den Vorbescheid erteilenden Land unterworfen werden und in anderen beteiligten Ländern

möglicherweise nur künstlich verringerte steuerpflichtige Einkünfte verbleiben. Daher *ist* dringend für mehr Transparenz zu sorgen. Zu diesem Zweck müssen die mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates<sup>13</sup> eingeführten Instrumente und Mechanismen gestärkt werden.

---

<sup>13</sup> Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1).

möglicherweise nur künstlich verringerte steuerpflichtige Einkünfte verbleiben. ***Im Einklang mit den OECD-Standards ist*** daher dringend für mehr Transparenz zu sorgen. Zu diesem Zweck müssen die mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates<sup>13</sup> eingeführten Instrumente und Mechanismen gestärkt werden.

---

<sup>13</sup> Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1).

Or. en

## **Änderungsantrag 30** **Marco Zanni, Marco Valli**

### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Erwägung 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) Steuervermeidung durch Nutzung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen, aggressive Steuerplanung und ein schädlicher Steuerwettbewerb entwickeln sich zu einer immer größeren Herausforderung und sind in der Europäischen Union wie auch weltweit in den Fokus gerückt. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage hat eine beträchtliche Minderung der nationalen Steueraufkommen zur Folge, was die Mitgliedstaaten wiederum daran hindert, eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik auf den Weg zu bringen. Insbesondere Vorbescheide, die steuermotivierte Gestaltungen betreffen, führen dazu, dass künstlich erhöhte Einkünfte einer niedrigen Besteuerung in dem den Vorbescheid

#### *Geänderter Text*

(1) Steuervermeidung durch Nutzung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen, aggressive Steuerplanung und ein schädlicher Steuerwettbewerb entwickeln sich zu einer immer größeren Herausforderung und sind in der Europäischen Union wie auch weltweit in den Fokus gerückt. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage hat eine beträchtliche Minderung der nationalen Steueraufkommen zur Folge, was die Mitgliedstaaten wiederum daran hindert, eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik auf den Weg zu bringen, ***verursacht Wettbewerbsverzerrungen zum Schaden der Unternehmen - vor allem der kleinen und mittleren -, die die entsprechenden Steuern ordentlich entrichten, und***

erteilenden Land unterworfen werden und in anderen beteiligten Ländern möglicherweise nur künstlich verringerte steuerpflichtige Einkünfte verbleiben. Daher ist dringend für mehr Transparenz zu sorgen. Zu diesem Zweck müssen die mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates<sup>13</sup> eingeführten Instrumente und Mechanismen gestärkt werden.

---

<sup>13</sup> Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1).

**ausgeprägte Ungleichgewichte im Binnenmarkt.** Insbesondere Vorbescheide, die steuermotivierte Gestaltungen betreffen, führen dazu, dass künstlich erhöhte Einkünfte einer niedrigen Besteuerung in dem den Vorbescheid erteilenden Land unterworfen werden und in anderen beteiligten Ländern möglicherweise nur künstlich verringerte steuerpflichtige Einkünfte verbleiben. Daher ist dringend für mehr Transparenz zu sorgen. Zu diesem Zweck müssen die mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates eingeführten Instrumente und Mechanismen gestärkt werden.

---

Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1).

Or. it

## **Änderungsantrag 31** **Krišjānis Kariņš**

### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Erwägung 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) Steuervermeidung durch Nutzung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen, aggressive Steuerplanung und ein schädlicher Steuerwettbewerb entwickeln sich zu einer immer größeren Herausforderung und sind in der Europäischen Union wie auch weltweit in den Fokus gerückt. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage hat eine beträchtliche Minderung der nationalen Steueraufkommen zur Folge, was die

#### *Geänderter Text*

(1) Steuervermeidung durch Nutzung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen, aggressive Steuerplanung und ein schädlicher Steuerwettbewerb entwickeln sich zu einer immer größeren Herausforderung und sind in der Europäischen Union wie auch weltweit in den Fokus gerückt. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage hat eine beträchtliche Minderung der nationalen Steueraufkommen zur Folge, was die

Mitgliedstaaten wiederum daran hindert, eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik auf den Weg zu bringen. Insbesondere Vorbescheide, die steuermotivierte Gestaltungen betreffen, führen dazu, dass künstlich erhöhte Einkünfte einer niedrigen Besteuerung in dem den Vorbescheid erteilenden Land unterworfen werden und in anderen beteiligten Ländern möglicherweise nur künstlich verringerte steuerpflichtige Einkünfte verbleiben. Daher ist dringend für mehr Transparenz zu sorgen. Zu diesem Zweck müssen die mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates<sup>13</sup> eingeführten Instrumente und Mechanismen gestärkt werden.

---

<sup>13</sup> Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1).

Mitgliedstaaten wiederum daran hindert, eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik auf den Weg zu bringen. Insbesondere Vorbescheide, die steuermotivierte Gestaltungen betreffen, führen dazu, dass künstlich erhöhte Einkünfte einer niedrigen Besteuerung in dem den Vorbescheid erteilenden Land unterworfen werden und in anderen beteiligten Ländern möglicherweise nur künstlich verringerte steuerpflichtige Einkünfte verbleiben, **wodurch die Steuerbemessungsgrundlage in diesen Mitgliedstaaten verringert wird.** Daher ist dringend für mehr Transparenz **und einen umfangreicheren Informationsaustausch** zu sorgen. Zu diesem Zweck müssen die mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates<sup>13</sup> eingeführten Instrumente und Mechanismen gestärkt werden.

---

<sup>13</sup> Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1).

Or. en

## **Änderungsantrag 32** **Molly Scott Cato**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Erwägung 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) Steuervermeidung durch Nutzung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen, aggressive Steuerplanung und ein schädlicher

#### *Geänderter Text*

(1) Steuervermeidung durch Nutzung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen, aggressive Steuerplanung und ein schädlicher

Steuerwettbewerb entwickeln sich zu einer immer größeren Herausforderung und sind in der Europäischen Union wie auch weltweit in den Fokus gerückt. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage hat eine beträchtliche Minderung der nationalen Steueraufkommen zur Folge, was die Mitgliedstaaten wiederum daran hindert, eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik auf den Weg zu bringen. Insbesondere Vorbescheide, die steuermotivierte Gestaltungen betreffen, führen dazu, dass künstlich erhöhte Einkünfte einer niedrigen Besteuerung in dem den Vorbescheid erteilenden Land unterworfen werden und in anderen beteiligten Ländern möglicherweise nur künstlich verringerte steuerpflichtige Einkünfte verbleiben. Daher ist dringend für mehr Transparenz zu sorgen. Zu diesem Zweck müssen die mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates<sup>13</sup> eingeführten Instrumente und Mechanismen gestärkt werden.

---

<sup>13</sup> Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1).

Steuerwettbewerb entwickeln sich zu einer immer größeren Herausforderung und sind in der Europäischen Union wie auch weltweit in den Fokus gerückt. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage hat eine beträchtliche Minderung der nationalen Steueraufkommen zur Folge, was die Mitgliedstaaten wiederum daran hindert, eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik auf den Weg zu bringen. Insbesondere Vorbescheide, die steuermotivierte Gestaltungen betreffen, führen dazu, dass künstlich erhöhte Einkünfte einer niedrigen Besteuerung in dem den Vorbescheid erteilenden Land unterworfen werden und in anderen beteiligten Ländern möglicherweise nur künstlich verringerte steuerpflichtige Einkünfte verbleiben. Daher ist dringend für mehr Transparenz zu sorgen. Zu diesem Zweck müssen die mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates<sup>13</sup> eingeführten Instrumente und Mechanismen gestärkt werden *und der umfassenden Definition von Steuervorbescheiden Rechnung tragen, wie sie vom Parlament in einem Änderungsantrag zu der Richtlinie über Aktionärsrechte angenommen wurde, mit dem die in der Richtlinie erhaltene Definition ergänzt wird.*

---

<sup>13</sup> Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1).

Or. en

**Änderungsantrag 33**  
**Bernard Monot**

## Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 1

### *Vorschlag der Kommission*

(1) Steuervermeidung durch Nutzung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen, aggressive Steuerplanung und ein schädlicher Steuerwettbewerb entwickeln sich zu einer immer größeren Herausforderung und sind in der Europäischen Union wie auch weltweit in den Fokus gerückt. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage hat eine beträchtliche Minderung der nationalen Steueraufkommen zur Folge, was die Mitgliedstaaten wiederum daran hindert, eine wachstumsfreundliche **Steuerpolitik** auf den Weg zu bringen. Insbesondere Vorbescheide, die steuermotivierte Gestaltungen betreffen, führen dazu, dass künstlich erhöhte Einkünfte einer niedrigen Besteuerung in dem den Vorbescheid erteilenden Land unterworfen werden und in anderen beteiligten Ländern möglicherweise nur künstlich verringerte steuerpflichtige Einkünfte verbleiben. Daher ist dringend für mehr Transparenz zu sorgen. Zu diesem Zweck müssen die mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates<sup>13</sup> eingeführten Instrumente und Mechanismen gestärkt werden.

---

<sup>13</sup> Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1).

### *Geänderter Text*

(1) Steuervermeidung durch Nutzung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen, aggressive Steuerplanung und ein schädlicher Steuerwettbewerb entwickeln sich zu einer immer größeren Herausforderung und sind in der Europäischen Union wie auch weltweit in den Fokus gerückt. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage hat eine beträchtliche Minderung der nationalen Steueraufkommen zur Folge, was die Mitgliedstaaten wiederum daran hindert, eine wachstumsfreundliche **Haushaltspolitik** auf den Weg zu bringen. Insbesondere Vorbescheide, die steuermotivierte Gestaltungen betreffen, führen dazu, dass künstlich erhöhte Einkünfte einer niedrigen Besteuerung in dem den Vorbescheid erteilenden Land unterworfen werden und in anderen beteiligten Ländern möglicherweise nur künstlich verringerte steuerpflichtige Einkünfte verbleiben. Daher ist dringend für mehr Transparenz zu sorgen. Zu diesem Zweck müssen die mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates<sup>13</sup> eingeführten Instrumente und Mechanismen gestärkt werden.

---

<sup>13</sup> Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1).

Or. fr

**Änderungsantrag 34**  
**Molly Scott Cato**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Erwägung 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(1a) Steuervorbescheide wurden von den Mitgliedstaaten verwendet, um Unternehmen auf ihr Hoheitsgebiet zu holen, indem sie individuelle Vereinbarungen mit multinationalen Unternehmen ausgehandelt haben, von denen einige zu extrem niedrigen Steuerverbindlichkeiten für Unternehmen und einem Abwärtsdruck auf die Körperschaftssteuersätze in den Mitgliedstaaten geführt haben. Derzeit hat Europa mit mehreren Krisen zu kämpfen, und die öffentlichen Finanzen stehen unter Druck. Die Mitgliedstaaten sollten sich auf einen gemeinsamen Mindest-Körperschaftsteuersatz und eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage einigen, statt in Steuerwettbewerb miteinander zu treten.***

Or. en

**Änderungsantrag 35  
Bernd Lucke**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Erwägung 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(1a) Im Anschluss an den LuxLeaks-Skandal und mittels dieses Berichts bringt das Parlament seine Entschlossenheit zum Ausdruck, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung nicht zu tolerieren***

*und sich für eine faire Aufteilung der Steuerlast zwischen Bürgern und Unternehmen einzusetzen.*

Or. en

**Änderungsantrag 36**  
**Krišjānis Kariņš**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Der Europäische Rat hat in seinen Schlussfolgerungen vom 18. Dezember 2014 darauf hingewiesen, dass es dringend erforderlich sei, die Anstrengungen zur Bekämpfung von Steuerumgehung und aggressiver Steuerplanung sowohl weltweit als auch auf Unionsebene weiter voranzubringen. Der Europäische Rat betonte, wie wichtig Transparenz sei, und begrüßte die Absicht der Kommission, einen Vorschlag „zum automatischen Informationsaustausch über verbindliche Steuerauskünfte“ in der Union vorzulegen.

*Geänderter Text*

(2) Der Europäische Rat hat in seinen Schlussfolgerungen vom 18. Dezember 2014 darauf hingewiesen, dass es dringend erforderlich sei, die Anstrengungen zur Bekämpfung von Steuerumgehung und aggressiver Steuerplanung sowohl weltweit als auch auf Unionsebene weiter voranzubringen. Der Europäische Rat betonte, wie wichtig Transparenz *und ein entsprechender Informationsaustausch* sei, und begrüßte die Absicht der Kommission, einen Vorschlag „zum automatischen Informationsaustausch über verbindliche Steuerauskünfte“ in der Union vorzulegen.

Or. en

**Änderungsantrag 37**  
**Marisa Matias, Fabio De Masi, Rina Ronja Kari, Paloma López Bermejo, Miguel Viegas**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 3 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**(3a) Die Vorteile von Transparenz können nur voll zum Tragen kommen, wenn sie mit der Möglichkeit einer umfassenderen öffentlichen Kontrolle kombiniert werden. Die vorgeschlagenen Reformen sollten daher darauf abzielen, alle Informationen zu Steuervorbescheiden, die gemäß den Bestimmungen dieser Richtlinie ausgetauscht werden, öffentlich zur Verfügung zu stellen.**

Or. en

**Änderungsantrag 38**  
**Petr Ježek, Sylvie Goulard**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 4**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Einem effizienten spontanen Informationsaustausch über Steuervorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen stehen jedoch eine Reihe wesentlicher praktischer Hindernisse im Wege, wie etwa der Umstand, dass der den Bescheid erteilende Mitgliedstaat nach eigenem Ermessen entscheiden kann, welche anderen Mitgliedstaaten unterrichtet werden sollten.

(4) Einem effizienten spontanen Informationsaustausch über Steuervorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen stehen jedoch eine Reihe wesentlicher praktischer Hindernisse im Wege, wie etwa der Umstand, dass der den Bescheid erteilende Mitgliedstaat nach eigenem Ermessen entscheiden kann, welche anderen Mitgliedstaaten unterrichtet werden sollten, **und das schwache Überwachungssystem, das es für die Kommission schwierig macht, einen Verstoß gegen die Verpflichtung zum Informationsaustausch festzustellen.**

Or. en

**Änderungsantrag 39**  
**Petr Ježek, Sylvie Goulard**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(4a) betont, dass ein wirksamer Austausch und eine wirksame Verarbeitung von Steuerdaten und der daraus resultierende Gruppenzwang einen starken Abschreckungseffekt gegen die Einführung schädlicher Steuerpraktiken hätten und dass den Mitgliedstaaten und der Kommission dadurch alle relevanten Informationen zur Verfügung stehen würden, um dagegen vorzugehen;***

Or. en

**Änderungsantrag 40**  
**Molly Scott Cato**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 5**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(5) Die Möglichkeit, die Übermittlung von Informationen abzulehnen, wenn sie zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens führen oder wenn die Preisgabe der betreffenden Informationen die öffentliche Ordnung verletzen würde, sollte nicht für ***den verpflichtenden automatischen Informationsaustausch über*** Vorbescheide und ***Vorabverständigungsverfahren*** gelten, ***damit die Effektivität des Austauschs nicht beeinträchtigt wird.*** Der ***Umfang der***

(5) Die Möglichkeit, die Übermittlung von Informationen abzulehnen, wenn sie zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens führen oder wenn die Preisgabe der betreffenden Informationen die öffentliche Ordnung verletzen würde, sollte nicht für Vorbescheide und ***Vorabverständigungsvereinbarungen*** gelten, ***sodass alle solchen Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen von den ausstellenden Behörden veröffentlicht werden sollten.*** Der

*an alle Mitgliedstaaten weiterzugebenden Informationen sollte im Interesse eines hinreichenden Schutzes geschäftlicher Interessen begrenzt sein.*

*Kommission wird die Befugnis übertragen, die Form und den Inhalt der Veröffentlichung mittels delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 27 Absätze 2a, 2b und 2c der Richtlinie über Aktionärsrechte festzulegen.*

Or. en

**Änderungsantrag 41**  
**Marco Zanni, Marco Valli**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 5**

*Vorschlag der Kommission*

(5) Die Möglichkeit, die Übermittlung von Informationen abzulehnen, wenn sie zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens führen oder wenn die Preisgabe der betreffenden Informationen die öffentliche Ordnung verletzen würde, *sollte* nicht für den verpflichtenden automatischen Informationsaustausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsverfahren gelten, damit die Effektivität des Austauschs nicht beeinträchtigt wird. Der Umfang der an alle Mitgliedstaaten weiterzugebenden Informationen *sollte im Interesse eines* hinreichenden *Schutzes* geschäftlicher Interessen *begrenzt sein*.

*Geänderter Text*

(5) Die Möglichkeit, die Übermittlung von Informationen abzulehnen, wenn sie zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens führen oder wenn die Preisgabe der betreffenden Informationen die öffentliche Ordnung verletzen würde, *darf* nicht für den verpflichtenden automatischen Informationsaustausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsverfahren gelten, damit die Effektivität des Austauschs nicht beeinträchtigt wird. Der Umfang der an alle Mitgliedstaaten weiterzugebenden Informationen *sichert einen* hinreichenden *Schutz* geschäftlicher Interessen.

Or. it

**Änderungsantrag 42**  
**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzulică, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Erwägung 5**

*Vorschlag der Kommission*

(5) Die Möglichkeit, die Übermittlung von Informationen abzulehnen, wenn sie zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens führen oder wenn die Preisgabe der betreffenden Informationen die öffentliche Ordnung verletzen würde, sollte nicht für den verpflichtenden automatischen Informationsaustausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsverfahren gelten, damit die Effektivität des Austauschs nicht beeinträchtigt wird. Der Umfang der an alle Mitgliedstaaten weiterzugebenden Informationen sollte im Interesse eines hinreichenden Schutzes geschäftlicher Interessen begrenzt sein.

*Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

**Änderungsantrag 43  
Tom Vandenkendelaere**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Erwägung 5 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(5a) Damit zwischen den steuerlichen Vereinbarungen, die im Rahmen der unterschiedlichen nationalen Verwaltungspraktiken getroffen werden, keine willkürlichen Unterscheidungen vorgenommen werden, sollten die Begriffsbestimmungen für Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen alle steuerlichen Vereinbarungen umfassen, unabhängig davon, ob sie formell oder informell erteilt wurden, und***

*unabhängig von ihrer Verbindlichkeit  
oder Unverbindlichkeit.*

Or. en

**Änderungsantrag 44**  
**Sander Loones**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 5 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(5a) Steuervorbescheide erleichtern eine  
schlüssige und transparente Anwendung  
der Rechtsvorschriften.*

Or. en

**Änderungsantrag 45**  
**Molly Scott Cato**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 5 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(5a) Multinationale Unternehmen nutzen  
Steuervorschriften und ihre engen  
Beziehungen zu den Regierungen, um  
Märkte zu kontrollieren und den  
Wettbewerb zu unterminieren, der  
Unternehmen florieren lässt. Es ist  
entscheidend, dass Unternehmen im  
Bereich Innovation und Effizienz  
konkurrieren, nicht bei der Steuerpolitik.  
Durch die Veröffentlichung der  
Informationen zu Steuervorbescheiden  
wird es offensichtlich werden, wie hier*

*Energie vom Hauptzweck der Firma  
abgelenkt wird.*

Or. en

**Änderungsantrag 46**  
**Marco Zanni, Marco Valli**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 6**

*Vorschlag der Kommission*

(6) Damit der verpflichtende automatische Informationsaustausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsverfahren einen größtmöglichen Nutzen erbringt, sollten die Informationen unmittelbar nach Erteilung des Bescheids übermittelt **und regelmäßige Abstände für die Informationsübermittlung festgelegt** werden.

*Geänderter Text*

(6) Damit der verpflichtende automatische Informationsaustausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen einen größtmöglichen Nutzen erbringt, sollten die sie betreffenden Informationen unmittelbar nach Erteilung des Bescheids übermittelt werden. ***Tatsächlich führt ein Mangel an Transparenz bei den erteilten Bescheiden zu Diskrepanzen zwischen zwei oder mehr Steuersystemen, die sich negativ auf andere Länder auswirken, die ebenfalls in steuerlichen Beziehungen zu den Empfängern der Bescheide stehen. In Wirklichkeit wird den Steuerzahlern ermöglicht, sich Situationen wie doppelter Steuerabzug und doppelte Nichtbesteuerung zunutze zu machen, die zu enormen Abzügen oder sogar zur Vermeidung des geschuldeten Steuerbetrags führen; solche Praktiken sollten als illegal erklärt werden.***

Or. it

**Änderungsantrag 47**  
**Peter Simon**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 6**

*Vorschlag der Kommission*

(6) Damit der verpflichtende automatische Informationsaustausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsverfahren einen größtmöglichen Nutzen erbringt, sollten die Informationen **unmittelbar** nach Erteilung des Bescheids übermittelt **und regelmäßige Abstände für die Informationsübermittlung festgelegt** werden.

*Geänderter Text*

(6) Damit der verpflichtende automatische Informationsaustausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsverfahren einen größtmöglichen Nutzen erbringt, sollten die Informationen **spätestens einen Monat** nach Erteilung des Bescheids übermittelt werden.

Or. de

**Änderungsantrag 48**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzulică, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 6**

*Vorschlag der Kommission*

(6) Damit der verpflichtende automatische Informationsaustausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsverfahren einen größtmöglichen Nutzen erbringt, sollten die Informationen unmittelbar nach Erteilung des Bescheids übermittelt und regelmäßige Abstände für die Informationsübermittlung festgelegt werden.

*Geänderter Text*

(6) Damit der verpflichtende automatische Informationsaustausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsverfahren einen größtmöglichen Nutzen erbringt, sollten die Informationen unmittelbar **und spätestens einen Monat nach dem Ende des Quartals der** Erteilung des Bescheids übermittelt **werden** und regelmäßige Abstände für die Informationsübermittlung (**mindestens zweimal jährlich**) festgelegt werden.

Or. en

## Änderungsantrag 49

Molly Scott Cato

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Erwägung 6

##### *Vorschlag der Kommission*

(6) Damit **der verpflichtende automatische Informationsaustausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsverfahren** einen größtmöglichen Nutzen erbringt, sollten die Informationen unmittelbar nach Erteilung des Bescheids übermittelt und regelmäßige Abstände für die Informationsübermittlung festgelegt werden.

##### *Geänderter Text*

(6) Damit **Transparenz** einen größtmöglichen Nutzen erbringt, sollten die Informationen unmittelbar nach Erteilung des Bescheids übermittelt und **veröffentlicht und** regelmäßige Abstände für die Informationsübermittlung festgelegt werden.

Or. en

## Änderungsantrag 50

Cora van Nieuwenhuizen

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Erwägung 6

##### *Vorschlag der Kommission*

(6) Damit der verpflichtende automatische Informationsaustausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsverfahren einen größtmöglichen Nutzen erbringt, sollten die Informationen unmittelbar nach Erteilung des Bescheids übermittelt **und regelmäßige Abstände für die Informationsübermittlung festgelegt** werden.

##### *Geänderter Text*

(6) Damit der verpflichtende automatische Informationsaustausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsverfahren einen größtmöglichen Nutzen erbringt, sollten die Informationen unmittelbar nach Erteilung des Bescheids übermittelt werden.

Or. en

## **Änderungsantrag 51**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzulică, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 7**

#### *Vorschlag der Kommission*

(7) Der verpflichtende automatische Austausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen sollte in jedem Fall die Übermittlung bestimmter Basisinformationen an alle Mitgliedstaaten umfassen. Die Kommission sollte alle Maßnahmen treffen, die erforderlich sind, um die Übermittlung entsprechender Informationen nach dem in der Richtlinie 2011/16/EU festgelegten Verfahren zur Erstellung eines Standardformblatts für den Informationsaustausch zu vereinheitlichen. Dieses Verfahren sollte auch zur Einführung etwaiger erforderlicher Maßnahmen und praktischer Regelungen für die konkrete Umsetzung des Informationsaustauschs angewandt werden.

#### *Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

## **Änderungsantrag 52** **Aldo Patriciello**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 8**

#### *Vorschlag der Kommission*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln. Dies

#### *Geänderter Text*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln. Dies

würde es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit zu verfolgen und zu bewerten. Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner Verpflichtung, etwaige staatliche Beihilfen bei der Kommission anzumelden.

würde es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit zu verfolgen und zu bewerten. ***Auf diese Weise wäre die Transparenz leichter gewährleistet.*** Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner Verpflichtung, etwaige staatliche Beihilfen bei der Kommission anzumelden. ***Vor allem das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) als unabhängige Stelle innerhalb der Europäischen Kommission (Beschluss 1999/3520) müsste eine grundlegende Rolle übernehmen.***

Or. it

### **Änderungsantrag 53** **Sander Loones**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Erwägung 8**

##### *Vorschlag der Kommission*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln. Dies würde es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit zu verfolgen und zu bewerten. Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner Verpflichtung, etwaige staatliche Beihilfen bei der Kommission anzumelden.

##### *Geänderter Text*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln. Dies würde es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit zu verfolgen und zu bewerten. ***Die der Kommission übermittelten Informationen sollten nur für diese Zwecke verwendet werden.*** Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner Verpflichtung, etwaige staatliche Beihilfen bei der Kommission anzumelden.

### **Änderungsantrag 54**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzulică, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 8**

##### *Vorschlag der Kommission*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln. Dies würde es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit zu verfolgen und zu bewerten. Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner Verpflichtung, etwaige staatliche Beihilfen bei der Kommission anzumelden.

##### *Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

### **Änderungsantrag 55**

**Marisa Matias, Fabio De Masi, Rina Ronja Kari, Paloma López Bermejo, Miguel Viegas**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 8**

##### *Vorschlag der Kommission*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln. Dies würde es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide

##### *Geänderter Text*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln. Dies würde es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide

und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit zu verfolgen und zu bewerten. Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner Verpflichtung, etwaige staatliche Beihilfen bei der Kommission anzumelden.

und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit zu verfolgen und zu bewerten **und der Öffentlichkeit die übermittelten Informationen über Vorbescheide zur Verfügung zu stellen**. Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner Verpflichtung, etwaige staatliche Beihilfen bei der Kommission anzumelden.

Or. en

### **Änderungsantrag 56** **Molly Scott Cato**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Erwägung 8**

#### *Vorschlag der Kommission*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln. Dies würde es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit zu verfolgen und zu bewerten. Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner Verpflichtung, etwaige staatliche Beihilfen bei der Kommission anzumelden.

#### *Geänderter Text*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln. Dies würde es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit zu verfolgen und zu bewerten. **Die Kommission veröffentlicht dann das Zentralverzeichnis**. Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner Verpflichtung, etwaige staatliche Beihilfen bei der Kommission anzumelden.

Or. en

### **Änderungsantrag 57** **Bernd Lucke**

## Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 8

### *Vorschlag der Kommission*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln. Dies würde es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit zu verfolgen und zu bewerten. Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner Verpflichtung, etwaige staatliche Beihilfen bei der Kommission anzumelden.

### *Geänderter Text*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln, **da die Kommission unabhängig beurteilen können muss, ob diese Informationen für die Ermittlung illegaler staatlicher Beihilfen relevant sind**. Dies würde es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit zu verfolgen und zu bewerten. Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner Verpflichtung, etwaige staatliche Beihilfen bei der Kommission anzumelden.

Or. en

## Änderungsantrag 58 Tom Vandenkendelaere

## Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 8

### *Vorschlag der Kommission*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln. **Dies würde** es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit zu verfolgen und zu bewerten. Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner Verpflichtung, etwaige staatliche

### *Geänderter Text*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln. **Diese Basisinformationen sollten** es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit **effizient** zu verfolgen und zu bewerten. Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner

Beihilfen bei der Kommission anzumelden.

Verpflichtung, etwaige staatliche Beihilfen bei der Kommission anzumelden.

Or. en

**Änderungsantrag 59**  
**Petr Ježek, Sylvie Goulard**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 8**

*Vorschlag der Kommission*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln. Dies würde es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit zu verfolgen und zu bewerten. Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner Verpflichtung, etwaige staatliche Beihilfen bei der Kommission anzumelden.

*Geänderter Text*

(8) Die Mitgliedstaaten sollten die weiterzugebenden Basisinformationen auch der Kommission übermitteln. Dies würde es der Kommission ermöglichen, die effektive Anwendung des automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen jederzeit zu verfolgen und zu bewerten **und dafür zu sorgen, dass Vorbescheide keine negativen Auswirkungen auf den Binnenmarkt haben**. Eine solche Informationsübermittlung entbindet einen Mitgliedstaat nicht von seiner Verpflichtung, etwaige staatliche Beihilfen bei der Kommission anzumelden.

Or. en

**Änderungsantrag 60**  
**Bernd Lucke**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 8 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(8a) Die Mitgliedstaaten sollten der Kommission vor dem 1. Oktober 2018 eine**

**Änderungsantrag 61**  
**Aldo Patriciello**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 9**

*Vorschlag der Kommission*

(9) Rückmeldungen des Mitgliedstaats, der die Informationen erhält, an den die Informationen übermittelnden Mitgliedstaat sind eine unverzichtbare Voraussetzung für ein effektives System des automatischen Informationsaustauschs. Daher sollten Maßnahmen vorgesehen werden, die eine Rückmeldung in Fällen ermöglichen, in denen die Informationen verwendet wurden und keine Rückmeldung aufgrund anderer Bestimmungen der Richtlinie 2011/16/EU erfolgen kann.

*Geänderter Text*

(9) Rückmeldungen des Mitgliedstaats, der die Informationen erhält, an den die Informationen übermittelnden Mitgliedstaat sind eine unverzichtbare Voraussetzung für ein effektives System des automatischen Informationsaustauschs. Daher sollten Maßnahmen vorgesehen werden, die eine Rückmeldung in Fällen ermöglichen, in denen die Informationen verwendet wurden und keine Rückmeldung aufgrund anderer Bestimmungen der Richtlinie 2011/16/EU erfolgen kann. ***Auf diese Weise ist es schwieriger, die Informationen zu Betrugszwecken zu umgehen.***

**Änderungsantrag 62**  
**Aldo Patriciello**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 10**

*Vorschlag der Kommission*

(10) Was den Informationsaustausch auf Ersuchen zur Erlangung zusätzlicher

*Geänderter Text*

(10) Was den Informationsaustausch auf Ersuchen zur Erlangung zusätzlicher

Informationen, einschließlich des vollständigen Wortlauts von Vorbescheiden oder Vorabverständigungsvereinbarungen, von Seiten des Mitgliedstaats anbelangt, der solche Vorbescheide erlassen oder solche Vereinbarungen getroffen hat, sollte sich ein Mitgliedstaat auf Artikel 5 der Richtlinie 2011/16/EU berufen können.

Informationen, einschließlich des vollständigen Wortlauts von Vorbescheiden oder Vorabverständigungsvereinbarungen, von Seiten des Mitgliedstaats anbelangt, der solche Vorbescheide erlassen oder solche Vereinbarungen getroffen **und ggfs. Texte, durch die nachfolgend Änderungen eingeführt werden, veröffentlicht** hat, sollte sich ein Mitgliedstaat auf Artikel 5 der Richtlinie 2011/16/EU berufen können.

Or. it

### **Änderungsantrag 63** **Aldo Patriciello**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Erwägung 10 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(10a) Der Ausdruck „voraussichtlich erhebliche Informationen“ gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie 2011/16/EU sollte präzisiert werden, um keinen Anlass zu Auslegungen zu geben, die Steuervermeidung bezwecken.**

Or. it

### **Änderungsantrag 64** **Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzuliță, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Erwägung 10**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(10) Was den Informationsaustausch auf Ersuchen zur Erlangung zusätzlicher Informationen, einschließlich des vollständigen Wortlauts von Vorbescheiden oder Vorabverständigungsvereinbarungen, von Seiten des Mitgliedstaats anbelangt, der solche Vorbescheide erlassen oder solche Vereinbarungen getroffen hat, sollte sich ein Mitgliedstaat auf Artikel 5 der Richtlinie 2011/16/EU berufen können.

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

**Änderungsantrag 65**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzulică, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Erwägung 11**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(11) Die Mitgliedstaaten sollten alle erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung etwaiger Hindernisse treffen, die einem effektiven und möglichst umfassenden verpflichtenden automatischen Informationsaustausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen entgegenstehen könnten.

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

**Änderungsantrag 66**

**Marco Zanni, Marco Valli**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 12**

*Vorschlag der Kommission*

(12) Um einen effizienteren Ressourceneinsatz zu gewährleisten, den Informationsaustausch zu erleichtern und zu vermeiden, dass alle Mitgliedstaaten ähnliche Änderungen an ihren Datenspeichersystemen vornehmen müssen, sollte eine spezifische Bestimmung zur Einrichtung eines Zentralverzeichnisses vorgesehen werden, das für alle Mitgliedstaaten und die Kommission zugänglich ist und in das die Mitgliedstaaten ihre Daten zwecks Abspeicherung hochladen, anstatt sie per E-Mail untereinander auszutauschen. Die für die Erstellung eines solchen Verzeichnisses erforderlichen praktischen Regelungen sollten von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 der Richtlinie 2011/16/EU genannten Verfahren erlassen werden.

*Geänderter Text*

(12) Um einen effizienteren Ressourceneinsatz zu gewährleisten, den Informationsaustausch zu erleichtern und zu vermeiden, dass alle Mitgliedstaaten ähnliche Änderungen an ihren Datenspeichersystemen vornehmen müssen, sollte eine spezifische Bestimmung zur Einrichtung eines Zentralverzeichnisses vorgesehen werden, das für alle Mitgliedstaaten und die Kommission zugänglich ist und in das die Mitgliedstaaten ihre Daten zwecks Abspeicherung hochladen, anstatt sie per E-Mail untereinander auszutauschen. ***Darüber hinaus sollte ein solches Verzeichnis im Hinblick auf Transparenz und Achtung des Wettbewerbs öffentlich und für die Bürger - online oder auf Antrag - kostenlos zugänglich sein, wobei die richtige Balance zwischen dem Interesse der Öffentlichkeit und dem der Unternehmen gewahrt werden muss.*** Die für die Erstellung eines solchen Verzeichnisses erforderlichen praktischen Regelungen sollten von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 der Richtlinie 2011/16/EU genannten Verfahren erlassen werden.

Or. it

**Änderungsantrag 67**  
**Aldo Patriciello**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 12**

*Vorschlag der Kommission*

(12) Um einen effizienteren Ressourceneinsatz zu gewährleisten, den Informationsaustausch zu erleichtern und zu vermeiden, dass alle Mitgliedstaaten ähnliche Änderungen an ihren Datenspeichersystemen vornehmen müssen, sollte eine spezifische Bestimmung zur Einrichtung eines Zentralverzeichnisses vorgesehen werden, das für alle Mitgliedstaaten und die Kommission zugänglich ist und in das die Mitgliedstaaten ihre Daten zwecks Abspeicherung hochladen, anstatt sie per E-Mail untereinander auszutauschen. Die für die Erstellung eines solchen Verzeichnisses erforderlichen praktischen Regelungen sollten von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 der Richtlinie 2011/16/EU genannten Verfahren erlassen werden.

*Geänderter Text*

(12) Um einen effizienteren Ressourceneinsatz zu gewährleisten, den Informationsaustausch zu erleichtern und zu vermeiden, dass alle Mitgliedstaaten ähnliche Änderungen an ihren Datenspeichersystemen vornehmen müssen, sollte eine spezifische Bestimmung zur Einrichtung eines Zentralverzeichnisses (***das jedoch beispielsweise durch ein Passwort angemessen gesichert ist***) vorgesehen werden, das für alle Mitgliedstaaten und die Kommission zugänglich ist und in das die Mitgliedstaaten ihre Daten zwecks Abspeicherung hochladen, anstatt sie per E-Mail untereinander auszutauschen. Die für die Einrichtung eines solchen Verzeichnisses erforderlichen praktischen Modalitäten sollten von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 der Richtlinie 2011/16/EU genannten Verfahren erlassen werden.

Or. it

**Änderungsantrag 68**  
**Molly Scott Cato**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 12**

*Vorschlag der Kommission*

(12) Um einen effizienteren Ressourceneinsatz zu gewährleisten, den Informationsaustausch zu erleichtern und zu vermeiden, dass alle Mitgliedstaaten ähnliche Änderungen an ihren Datenspeichersystemen vornehmen

*Geänderter Text*

(12) Um einen effizienteren Ressourceneinsatz zu gewährleisten, den Informationsaustausch zu erleichtern und zu vermeiden, dass alle Mitgliedstaaten ähnliche Änderungen an ihren Datenspeichersystemen vornehmen

müssen, sollte eine spezifische Bestimmung zur Einrichtung eines Zentralverzeichnisses vorgesehen werden, das für alle Mitgliedstaaten und die **Kommission** zugänglich ist und in das die Mitgliedstaaten ihre Daten zwecks Abspeicherung hochladen, anstatt sie per E-Mail untereinander auszutauschen. Die für die Erstellung eines solchen Verzeichnisses erforderlichen praktischen Regelungen sollten von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 der Richtlinie 2011/16/EU genannten Verfahren erlassen werden.

müssen, sollte eine spezifische Bestimmung zur Einrichtung eines **öffentlichen** Zentralverzeichnisses vorgesehen werden, das für alle Mitgliedstaaten, **die Kommission** und die **europäischen Bürger** zugänglich ist und in das die Mitgliedstaaten ihre Daten zwecks Abspeicherung hochladen, anstatt sie per E-Mail untereinander auszutauschen. Die für die Erstellung eines solchen **öffentlichen** Verzeichnisses erforderlichen praktischen Regelungen sollten von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 der Richtlinie 2011/16/EU genannten Verfahren erlassen werden.

Or. en

## Änderungsantrag 69

Marisa Matias, Fabio De Masi, Rina Ronja Kari, Paloma López Bermejo, Miguel Viegas

### Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 12

#### *Vorschlag der Kommission*

(12) Um einen effizienteren Ressourceneinsatz zu gewährleisten, den Informationsaustausch zu erleichtern und zu vermeiden, dass alle Mitgliedstaaten ähnliche Änderungen an ihren Datenspeichersystemen vornehmen müssen, sollte eine spezifische Bestimmung zur Einrichtung eines Zentralverzeichnisses vorgesehen werden, das für alle Mitgliedstaaten und die Kommission zugänglich ist und in das die Mitgliedstaaten ihre Daten zwecks Abspeicherung hochladen, anstatt sie per E-Mail untereinander auszutauschen. Die für die Erstellung eines solchen Verzeichnisses erforderlichen praktischen Regelungen sollten von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 der Richtlinie 2011/16/EU genannten

#### *Geänderter Text*

(12) Um einen effizienteren Ressourceneinsatz zu gewährleisten, den Informationsaustausch zu erleichtern und zu vermeiden, dass alle Mitgliedstaaten ähnliche Änderungen an ihren Datenspeichersystemen vornehmen müssen, sollte eine spezifische Bestimmung zur Einrichtung eines Zentralverzeichnisses vorgesehen werden, das für alle Mitgliedstaaten und die Kommission zugänglich ist und in das die Mitgliedstaaten ihre Daten zwecks Abspeicherung hochladen, anstatt sie per E-Mail untereinander auszutauschen. **Das Zentralverzeichnis sollte dann öffentlich zugänglich und durchsuchbar sein.** Die für die Erstellung eines solchen Verzeichnisses erforderlichen praktischen Regelungen sollten von der Kommission

Verfahren erlassen werden.

nach dem in Artikel 26 Absatz 2 der  
Richtlinie 2011/16/EU genannten  
Verfahren erlassen werden.

Or. en

**Änderungsantrag 70**  
**Marco Zanni, Marco Valli**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 12 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(12a) Es ist zweckmäßig, dass die Mitgliedstaaten ihre eigenen zuständigen Behörden auffordern, Humanressourcen aus dem Personalbestand für die Sammlung und die Analyse dieser Informationen abzustellen.***

Or. it

**Änderungsantrag 71**  
**Anneliese Dodds, Hugues Bayet**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 12 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(12a) Zur Steigerung der Transparenz für die Bürger sollte die Kommission auf der Grundlage der Informationen in dem gesicherten Zentralverzeichnis eine anonymisierte Zusammenfassung der wichtigsten Steuervorbescheide veröffentlichen, die im letzten Jahr erlassen wurden. Hierbei sollte die Kommission den in Artikel 23a festgelegten Bestimmungen über die***

**Änderungsantrag 72**  
**Krišjānis Kariņš**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 12 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(12a) Bis zum 26. Juni 2017 muss ein EU-weites Register für das wirtschaftliche Eigentum einsatzbereit sein, das dazu beitragen wird, mögliche Fälle von Steuerhinterziehung und Gewinnverlagerungen zu ermitteln; Das Zentralregister, das den Steuerbehörden und den zuständigen Verwaltungen in den Mitgliedstaaten und der Kommission zugänglich wäre, ist von entscheidender Bedeutung für den automatischen Austausch von Steuervorbescheiden oder Vorabverständigungsvereinbarungen.***

**Änderungsantrag 73**  
**Petr Ježek, Sylvie Goulard**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 12 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(12a) Im Interesse einer größeren Transparenz sollte die Kommission jährlich einen Bericht veröffentlichen, in dem sie die bedeutendsten Fälle im technisch gesicherten Zentralverzeichnis***

*zusammenfasst. Dieser Bericht sollte mindestens Folgendes enthalten:*

*– den Namen des Steuerpflichtigen und des Unternehmens;*

*– eine Beschreibung der in dem Steuervorbescheid behandelten Angelegenheiten;*

*– eine Beschreibung der bei der Festlegung einer Vorabverständigungsvereinbarung herangezogenen Kriterien;*

*– die Angabe des Mitgliedstaats oder der Mitgliedstaaten, die höchstwahrscheinlich betroffen sind;*

*– die Angabe aller anderen möglicherweise betroffenen Steuerpflichtigen (sofern es sich nicht um natürliche Personen handelt).*

*Hierbei sollte die Kommission den in Artikel 23a festgelegten Bestimmungen über die Vertraulichkeit Rechnung tragen.*

Or. en

### *Begründung*

*Die Informationen, die veröffentlicht werden müssten, entsprechen den Informationen, die die Mitgliedstaaten in der „Phase der automatischen Übermittlung“ automatisch austauschen müssen. So werden Geschäftsgeheimnisse und Vertraulichkeit gewahrt (die Kommission sollte den Bestimmungen über die Vertraulichkeit gemäß Artikel 23a Rechnung tragen). Die in der Abrufphase ausgetauschten Informationen (gesamter Vorbescheid) werden jedoch nicht veröffentlicht.*

### **Änderungsantrag 74 Molly Scott Cato**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### **Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 14**

*Vorschlag der Kommission*

(14) Im Sinne des der Richtlinie 2011/16/EU zugrunde liegenden schrittweisen Ansatzes ist es angezeigt, die Fristen für den verpflichtenden automatischen Informationsaustausch gemäß Artikel 8 Absatz 1 der Richtlinie 2011/16/EU anzupassen, um sicherzustellen, dass die verfügbaren Informationen über die Arten von Einkünften und Vermögen innerhalb von **neun** Monaten nach Ablauf des Steuerjahrs, auf das sie sich beziehen, übermittelt werden.

*Geänderter Text*

(14) Im Sinne des der Richtlinie 2011/16/EU zugrunde liegenden schrittweisen Ansatzes ist es angezeigt, die Fristen für den verpflichtenden automatischen Informationsaustausch gemäß Artikel 8 Absatz 1 der Richtlinie 2011/16/EU anzupassen, um sicherzustellen, dass die verfügbaren Informationen über die Arten von Einkünften und Vermögen innerhalb von **sechs** Monaten nach Ablauf des Steuerjahrs, auf das sie sich beziehen, übermittelt werden.

Or. en

**Änderungsantrag 75**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzulică, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Erwägung 15**

*Vorschlag der Kommission*

(15) Die geltenden Vertraulichkeitsbestimmungen sollten geändert werden, um der Ausweitung des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs auf Steuervorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen Rechnung zu tragen.

*Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

**Änderungsantrag 76**  
**Marco Zanni, Marco Valli**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 17 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(17a) Es ist angebracht, dass die Kommission, gerade um die Ziele dieser Richtlinie zu erreichen, die Rolle der Banken im Bereich der Vorbescheide oder Vorabverständigungsvereinbarungen analysiert. Sie könnte daher mit einem Ad hoc-Vorschlag eingreifen, der Kontrolle und Transparenz bei den Banktransaktionen und etwaige Sanktionen vorsieht, beispielsweise die Rücknahme der Lizenz im Fall von wiederholten Verstößen und Betrügereien.***

Or. it

**Änderungsantrag 77**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer -1 (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Erwägung 1

*Derzeitiger Wortlaut*

*Geänderter Text*

(1) Im Zeitalter der Globalisierung wird der Bedarf der Mitgliedstaaten an gegenseitiger Amtshilfe im Bereich der Besteuerung immer vordringlicher. Durch die erhebliche Zunahme der Mobilität der Steuerpflichtigen, der Anzahl der grenzüberschreitenden Transaktionen und

***(-1) Erwägung 1 wird wie folgt geändert:***

„(1) Im Zeitalter der Globalisierung wird der Bedarf der Mitgliedstaaten an gegenseitiger Amtshilfe im Bereich der Besteuerung immer vordringlicher. Durch die erhebliche Zunahme der Mobilität der Steuerpflichtigen, der Anzahl der grenzüberschreitenden Transaktionen und

der Internationalisierung der Finanzinstrumente wird es für die Mitgliedstaaten immer schwieriger, die geschuldeten Steuern ordnungsgemäß festzusetzen. Diese zunehmende Schwierigkeit wirkt sich auf das Funktionieren der Steuersysteme aus und zieht Doppelbesteuerung nach sich, was wiederum zu Steuerbetrug und Steuerhinterziehung Anlass gibt, während die Kontrollbefugnisse auf nationaler Ebene verbleiben. Dadurch wird das Funktionieren des Binnenmarkts gefährdet.

der Internationalisierung der Finanzinstrumente wird es für die Mitgliedstaaten immer schwieriger, die geschuldeten Steuern ordnungsgemäß festzusetzen. Diese zunehmende Schwierigkeit wirkt sich auf das Funktionieren der Steuersysteme aus und zieht Doppelbesteuerung nach sich, was wiederum zu Steuerbetrug, **Steuerumgehung** und Steuerhinterziehung Anlass gibt, während die Kontrollbefugnisse auf nationaler Ebene verbleiben. Dadurch wird das Funktionieren des Binnenmarkts gefährdet.“

Or. es

**Änderungsantrag 78**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer -1 a (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Erwägung 7

*Derzeitiger Wortlaut*

(7) Diese Richtlinie baut auf dem durch die Richtlinie 77/799/EWG Erreichten auf, sieht aber klarere und präzisere Regeln für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten vor, **wenn dies erforderlich ist**, um, insbesondere was den Austausch von Informationen angeht, den Anwendungsbereich der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden zwischen den Mitgliedstaaten auszudehnen. Klarere Regeln sollten es auch möglich machen, sämtliche **juristische und natürliche** Personen in der Union zu erfassen, wobei

*Geänderter Text*

**(-1a) Erwägung 7 wird wie folgt geändert:**

„(7) Diese Richtlinie baut auf dem durch die Richtlinie 77/799/EWG Erreichten auf, sieht aber klarere und präzisere Regeln für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten vor, um, insbesondere was den Austausch von Informationen angeht, den Anwendungsbereich der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden zwischen den Mitgliedstaaten auszudehnen. Klarere Regeln sollten es auch möglich machen, sämtliche **juristischen und natürlichen** Personen in der Union zu erfassen, wobei die immer größere Zahl der Arten von

die immer größere Zahl der Arten von Rechtsvereinbarungen, einschließlich, aber nicht nur, klassische Vereinbarungen wie Trusts, Stiftungen oder Investmentfonds wie auch neuartige Vereinbarungen, die Steuerpflichtige in den Mitgliedstaaten schließen können, zu berücksichtigen sind.

Rechtsvereinbarungen, einschließlich, aber nicht nur, klassische Vereinbarungen wie Trusts, Stiftungen oder Investmentfonds wie auch neuartige Vereinbarungen, die Steuerpflichtige in den Mitgliedstaaten schließen können, zu berücksichtigen sind.“

Or. es

**Änderungsantrag 79**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer -1 b (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Erwägung 10

*Derzeitiger Wortlaut*

(10) Es ist anerkannt, dass der verpflichtende automatische Austausch von Informationen ohne Vorbedingung das wirksamste Mittel ist, um die korrekte Festsetzung der Steuern bei grenzüberschreitenden Sachverhalten zu verbessern und Steuerbetrug zu bekämpfen. Zu diesem Zweck sollte daher ein stufenweiser Ansatz verfolgt werden, beginnend mit dem automatischen Austausch der verfügbaren Informationen zu fünf Einkunftsarten und einer Überprüfung der einschlägigen Bestimmungen im Anschluss an einen Bericht der Kommission.

*Geänderter Text*

**(-1b) Erwägung 10 wird wie folgt geändert:**

„(10) Es ist anerkannt, dass der verpflichtende automatische Austausch von Informationen ohne Vorbedingung das wirksamste Mittel ist, um die korrekte Festsetzung der Steuern bei grenzüberschreitenden Sachverhalten zu verbessern und Steuerbetrug **und Steuerumgehung** zu bekämpfen. Zu diesem Zweck sollte daher ein stufenweiser Ansatz verfolgt werden, beginnend mit dem automatischen Austausch der verfügbaren Informationen zu fünf Einkunftsarten und einer Überprüfung der einschlägigen Bestimmungen im Anschluss an einen Bericht der Kommission.“

Or. es

**Änderungsantrag 80**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer -1 c (neu)**  
Richtlinie 2011/16/EU

Erwägung 13

*Derzeitiger Wortlaut*

(13) Es ist wichtig, dass sich Bedienstete der Steuerverwaltung eines Mitgliedstaats im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats aufhalten dürfen.

*Geänderter Text*

***(-1c) Erwägung 13 wird wie folgt geändert:***

„(13) Es ist wichtig, dass sich Bedienstete der Steuerverwaltung eines Mitgliedstaats **sowie der Kommission** im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats aufhalten dürfen.“

Or. es

**Änderungsantrag 81**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer -1 d (neu)**  
Richtlinie 2011/16/EU

Erwägung 15

*Derzeitiger Wortlaut*

(15) Da es in einigen Mitgliedstaaten gesetzlich vorgeschrieben ist, dem Steuerpflichtigen Entscheidungen und Verfügungen, die seine Steuerpflicht betreffen, zuzustellen, woraus den Steuerbehörden unter anderem in den Fällen, in denen ein Steuerpflichtiger in einen anderen Mitgliedstaat umgezogen ist,

*Geänderter Text*

***(-1d) Erwägung 15 wird wie folgt geändert:***

„(15) Da es in einigen Mitgliedstaaten gesetzlich vorgeschrieben ist, dem Steuerpflichtigen Entscheidungen und Verfügungen, die seine Steuerpflicht betreffen, zuzustellen, woraus den Steuerbehörden unter anderem in den Fällen, in denen ein Steuerpflichtiger in einen anderen Mitgliedstaat umgezogen ist,

Schwierigkeiten erwachsen, *ist es wünschenswert, dass* die Behörden in solchen Fällen die zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, in den der Steuerpflichtige umgezogen ist, um Zusammenarbeit ersuchen können.

Schwierigkeiten erwachsen, *müssen* die Behörden in solchen Fällen die zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, in den der Steuerpflichtige umgezogen ist, um Zusammenarbeit ersuchen können.“

Or. es

**Änderungsantrag 82**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer -1 e (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Erwägung 18

*Derzeitiger Wortlaut*

(18) Für die Effizienz der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden ist es wichtig, dass die aufgrund dieser Richtlinie erhaltenen Informationen und Dokumente vorbehaltlich der in dieser Richtlinie festgelegten Beschränkungen in dem Empfängermitgliedstaat auch für andere Zwecke verwendet werden könnten. Es ist auch wichtig, dass die Mitgliedstaaten diese Information unter bestimmten Voraussetzungen an ein Drittland weiterleiten *könnten*.

*Geänderter Text*

***(-1e) Erwägung 18 wird wie folgt geändert:***

„(18) Für die Effizienz der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden ist es wichtig, dass die aufgrund dieser Richtlinie erhaltenen Informationen und Dokumente vorbehaltlich der in dieser Richtlinie festgelegten Beschränkungen in dem Empfängermitgliedstaat auch für andere Zwecke verwendet werden könnten. Es ist auch wichtig, dass die Mitgliedstaaten diese Information unter bestimmten Voraussetzungen an ein Drittland *und an die Kommission* weiterleiten *können*.“

Or. es

**Änderungsantrag 83**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer -1 f (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 2 – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

2. Ungeachtet des Absatzes 1 gilt diese Richtlinie **nicht** für die Mehrwertsteuer und Zölle oder **für** Verbrauchsteuern, die in anderen Rechtsvorschriften der Union über die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten erfasst sind. Diese Richtlinie gilt auch nicht für Pflichtbeiträge zu Sozialversicherungen, die an den Mitgliedstaat, eine Gliederungseinheit des Mitgliedstaats oder an öffentlich-rechtliche Sozialversicherungseinrichtungen zu leisten sind.

*Geänderter Text*

**(-1f) Artikel 2 Absatz 2 wird wie folgt geändert:**

„2. Ungeachtet des Absatzes 1 gilt diese Richtlinie für die Mehrwertsteuer und **für** Zölle oder Verbrauchsteuern, die in anderen Rechtsvorschriften der Union über die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten erfasst sind, **soweit die vorliegende Richtlinie diese ergänzt**. Diese Richtlinie gilt auch nicht für Pflichtbeiträge zu Sozialversicherungen, die an den Mitgliedstaat, eine Gliederungseinheit des Mitgliedstaats oder an öffentlich-rechtliche Sozialversicherungseinrichtungen zu leisten sind.“

Or. es

**Änderungsantrag 84**  
**Tom Vandenkendelaere**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 1 – Buchstabe b**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 – Nummer 14 – Einleitung

*Vorschlag der Kommission*

14. „Vorbescheid“ eine Vereinbarung, eine Mitteilung oder ein anderes Instrument oder eine andere Maßnahme mit ähnlicher Wirkung, die auch das Ergebnis einer

*Geänderter Text*

14. „Vorbescheid“ eine Vereinbarung, eine Mitteilung oder ein anderes Instrument oder eine andere Maßnahme mit ähnlicher Wirkung, die auch das Ergebnis einer Steuerprüfung sein können **und**

Steuerprüfung sein können; Vorbescheide

*unabhängig davon, ob sie formell oder  
informell erteilt wurden und unabhängig  
von der Verbindlichkeit oder  
Unverbindlichkeit; Vorbescheide*

Or. en

### **Änderungsantrag 85**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von  
Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian  
Frunzuliță, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 1 – Buchstabe b**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 – Nummer 14 – Einleitung

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

14. „Vorbescheid“ eine Vereinbarung, eine  
Mitteilung oder ein anderes Instrument  
oder eine andere Maßnahme mit ähnlicher  
Wirkung, die auch das Ergebnis einer  
Steuerprüfung sein können; Vorbescheide

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

### **Änderungsantrag 86**

**Petr Ježek, Sylvie Goulard**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 1 – Buchstabe b**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 – Nummer 14 – Buchstabe a

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

a) werden von bzw. im Namen der

a) werden von bzw. im Namen der

Regierung oder der Steuerbehörde eines Mitgliedstaats oder seiner gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheiten, *in Bezug* auf eine *Person* erteilt,

Regierung oder der Steuerbehörde eines Mitgliedstaats oder seiner gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheiten, auf *die sich* eine *oder mehrere Personen verlassen können*, erteilt *oder veröffentlicht*,

Or. en

### **Änderungsantrag 87**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzuliță, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 1 – Buchstabe b**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 – Nummer 14 – Buchstabe c

#### *Vorschlag der Kommission*

c) beziehen sich auf eine *grenzüberschreitende* Transaktion oder die Frage, ob durch die Tätigkeiten, denen eine juristische Person in einem anderen Mitgliedstaat nachgeht, eine Betriebsstätte gegründet wird, und

#### *Geänderter Text*

c) beziehen sich auf eine Transaktion oder die Frage, ob durch die Tätigkeiten, denen eine juristische Person in einem anderen Mitgliedstaat nachgeht, eine Betriebsstätte gegründet wird, und

Or. en

### **Änderungsantrag 88**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzuliță, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 1 – Buchstabe b**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 – Nummer 14 – Unterabsatz 2

*Vorschlag der Kommission*

Die **grenzüberschreitende** Transaktion kann unter anderem Investitionen, die Bereitstellung von Waren, Dienstleistungen oder Kapital oder den Einsatz materieller oder immaterieller Güter umfassen, wobei der Empfänger des Vorbescheids nicht unmittelbar beteiligt sein muss;

*Geänderter Text*

Die Transaktion kann unter anderem Investitionen, die Bereitstellung von Waren, Dienstleistungen oder Kapital oder den Einsatz materieller oder immaterieller Güter umfassen, wobei der Empfänger des Vorbescheids nicht unmittelbar beteiligt sein muss;

Or. en

**Änderungsantrag 89**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzuliță, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 1 – Buchstabe b**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 – Nummer 15 – Unterabsatz 1

*Vorschlag der Kommission*

„Vorabverständigungsvereinbarung“ eine Vereinbarung, eine Mitteilung oder ein anderes Instrument oder eine andere Maßnahme mit ähnlicher Wirkung, die auch das Ergebnis einer Steuerprüfung sein können;

Vorabverständigungsvereinbarungen werden von bzw. im Namen der Regierung oder der Steuerbehörde eines oder mehrerer Mitgliedstaaten oder seiner bzw. ihrer gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheiten in Bezug auf eine Person getroffen und legen im Vorfeld **grenzüberschreitender** Transaktionen zwischen verbundenen Unternehmen geeignete Kriterien zur Bestimmung der Verrechnungspreise für die betreffenden

*Geänderter Text*

„Vorabverständigungsvereinbarung“ eine Vereinbarung, eine Mitteilung oder ein anderes Instrument oder eine andere Maßnahme mit ähnlicher Wirkung, die auch das Ergebnis einer Steuerprüfung sein können;

Vorabverständigungsvereinbarungen werden von bzw. im Namen der Regierung oder der Steuerbehörde eines oder mehrerer Mitgliedstaaten oder seiner bzw. ihrer gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheiten in Bezug auf eine Person getroffen und legen im Vorfeld **von** Transaktionen zwischen verbundenen Unternehmen geeignete Kriterien zur Bestimmung der Verrechnungspreise für die betreffenden Transaktionen fest oder

Transaktionen fest oder regeln die Zuweisung von Gewinnen an eine Betriebsstätte.

regeln die Zuweisung von Gewinnen an eine Betriebsstätte.

Or. en

**Änderungsantrag 90**  
**Petr Ježek, Sylvie Goulard**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 1 – Buchstabe b**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 – Nummer 15 – Unterabsatz 1

*Vorschlag der Kommission*

„Vorabverständigungsvereinbarung“ eine Vereinbarung, eine Mitteilung oder ein anderes Instrument oder eine andere Maßnahme mit ähnlicher Wirkung, die auch das Ergebnis einer Steuerprüfung sein können;

Vorabverständigungsvereinbarungen werden von bzw. im Namen der Regierung oder der Steuerbehörde eines oder mehrerer Mitgliedstaaten oder seiner bzw. ihrer gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheiten *in Bezug* auf eine *Person* getroffen und legen im Vorfeld *grenzüberschreitender* Transaktionen zwischen verbundenen Unternehmen geeignete Kriterien zur Bestimmung der Verrechnungspreise für die betreffenden Transaktionen fest oder regeln die Zuweisung von Gewinnen an eine Betriebsstätte.

*Geänderter Text*

„Vorabverständigungsvereinbarung“ eine Vereinbarung, eine Mitteilung oder ein anderes Instrument oder eine andere Maßnahme mit ähnlicher Wirkung, die auch das Ergebnis einer Steuerprüfung sein können;

Vorabverständigungsvereinbarungen werden von bzw. im Namen der Regierung oder der Steuerbehörde eines oder mehrerer Mitgliedstaaten oder seiner bzw. ihrer gebiets- oder verwaltungsmäßigen Gliederungseinheiten, auf *die sich* eine *oder mehrere Personen verlassen können*, getroffen und *veröffentlicht und* legen im Vorfeld *von* Transaktionen zwischen verbundenen Unternehmen geeignete Kriterien zur Bestimmung der Verrechnungspreise für die betreffenden Transaktionen fest oder regeln die Zuweisung von Gewinnen an eine Betriebsstätte.

Or. en

**Änderungsantrag 91**  
**Bernd Lucke**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 1 – Buchstabe b**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 – Nummer 16 – Buchstabe a

*Vorschlag der Kommission*

a) nicht alle an den Transaktionen beteiligten Parteien in dem den Vorbescheid erteilenden Mitgliedstaat steuerlich ansässig sind oder

*Geänderter Text*

a) nicht alle an den Transaktionen beteiligten Parteien (*einschließlich verbundener Unternehmen*) in dem den Vorbescheid erteilenden Mitgliedstaat steuerlich ansässig sind oder

Or. en

**Änderungsantrag 92**  
**Bernd Lucke**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 1 – Buchstabe b**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 3 – Nummer 16 – Buchstabe b

*Vorschlag der Kommission*

b) eine der an *den* Transaktionen *beteiligten* Parteien gleichzeitig in mehreren Rechtsräumen steuerlich ansässig ist oder

*Geänderter Text*

b) eine der an *der Transaktion oder Reihe von* Transaktionen *beteiligten* Parteien (*einschließlich verbundenen Unternehmen*) gleichzeitig in mehreren Rechtsräumen steuerlich ansässig ist oder

Or. en

**Änderungsantrag 93**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 1 a (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 4 – Absatz 6

*Derzeitiger Wortlaut*

6. Wenn eine Verbindungsstelle oder ein zuständiger Bediensteter ein Ersuchen oder eine Antwort auf ein Ersuchen um Zusammenarbeit übermittelt bzw. entgegennimmt, unterrichtet sie/er das zentrale Verbindungsbüro ihres/seines Mitgliedstaats gemäß den von jenem Mitgliedstaat festgelegten Verfahren.

*Geänderter Text*

***1a) Artikel 4 Absatz 6 wird wie folgt geändert:***

„6. Wenn eine Verbindungsstelle oder ein zuständiger Bediensteter ein Ersuchen oder eine Antwort auf ein Ersuchen um Zusammenarbeit übermittelt bzw. entgegennimmt, unterrichtet sie/er das zentrale Verbindungsbüro ihres/seines Mitgliedstaats gemäß den von jenem Mitgliedstaat festgelegten Verfahren, **und unterrichtet die Kommission.**“

Or. es

**Änderungsantrag 94**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 1 b (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 6 – Absatz 2

*Derzeitiger Wortlaut*

2. Das in Artikel 5 genannte Ersuchen kann ein begründetes Ersuchen um eine bestimmte behördliche Ermittlung enthalten. Ist die ersuchte Behörde der Auffassung, dass keine behördlichen Ermittlungen erforderlich sind, so teilt sie

*Geänderter Text*

***1b) Artikel 6 Absatz 2 wird wie folgt geändert:***

„2. Das in Artikel 5 genannte Ersuchen kann ein begründetes Ersuchen um eine bestimmte behördliche Ermittlung enthalten. Ist die ersuchte Behörde der Auffassung, dass keine behördlichen Ermittlungen erforderlich sind, so teilt sie

der ersuchenden Behörde unverzüglich die Gründe hierfür mit.

der ersuchenden Behörde **und der Kommission** unverzüglich die Gründe hierfür mit.“

Or. es

**Änderungsantrag 95**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 1 c (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 6 – Absatz 4

*Derzeitiger Wortlaut*

4. Die ersuchte Behörde übermittelt Urschriften, sofern die ersuchende Behörde eigens darum bittet **und die geltenden Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats der ersuchten Behörde dem nicht entgegenstehen.**

*Geänderter Text*

***1c) Artikel 6 Absatz 4 wird wie folgt geändert:***

„4. Die ersuchte Behörde übermittelt Urschriften, sofern die ersuchende Behörde eigens darum bittet.“

Or. es

**Änderungsantrag 96**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 1 d (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 7 – Absatz 6

*Derzeitiger Wortlaut*

6. Ist die ersuchte Behörde nicht im Besitz der erbetenen Informationen und nicht in der Lage, dem Informationsersuchen nachzukommen, **oder lehnt sie es aus den in Artikel 17 genannten Gründen ab, ihm nachzukommen**, so teilt sie der ersuchenden Behörde unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Erhalt des Ersuchens, die Gründe mit.

*Geänderter Text*

***1d) Artikel 7 Absatz 6 wird wie folgt geändert:***

„6. Ist die ersuchte Behörde nicht im Besitz der erbetenen Informationen und nicht in der Lage, dem Informationsersuchen nachzukommen, so teilt sie der ersuchenden Behörde unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Erhalt des Ersuchens, die Gründe mit.“

Or. es

**Änderungsantrag 97**

**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 2 – Buchstabe -a (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 – Absatz 1

*Derzeitiger Wortlaut*

1. Die zuständige Behörde jedes Mitgliedstaats übermittelt im Wege des automatischen Austauschs der zuständigen Behörde jedes anderen Mitgliedstaats Informationen in Bezug auf Besteuerungszeiträume ab 1. Januar 2014, die über in jenem anderen Mitgliedstaat ansässige Personen in Bezug auf die folgenden bestimmten Arten von Einkünften und Vermögen, wie sie jeweils im Sinne des nationalen Rechts des die Informationen übermittelnden Mitgliedstaats zu verstehen sind, verfügbar

*Geänderter Text*

***(-a) Artikel 8 Absatz 1 wird wie folgt geändert:***

„1. Die zuständige Behörde jedes Mitgliedstaats übermittelt im Wege des automatischen Austauschs der zuständigen Behörde jedes anderen Mitgliedstaats **und der Kommission** Informationen in Bezug auf Besteuerungszeiträume ab 1. Januar 2014, die über in jenem anderen Mitgliedstaat ansässige Personen in Bezug auf die folgenden bestimmten Arten von Einkünften und Vermögen, wie sie jeweils im Sinne des nationalen Rechts des die Informationen übermittelnden Mitgliedstaats zu verstehen sind, verfügbar

sind:

sind:“

Or. es

**Änderungsantrag 98**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 2 – Buchstabe -a a (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 – Absatz 1 – Buchstabe a

*Derzeitiger Wortlaut*

*Geänderter Text*

a) *Vergütungen aus unselbständiger Arbeit,*

*(-aa) Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a wird wie folgt geändert:*

*„a) Arbeitsvergütungen;“*

Or. es

**Änderungsantrag 99**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 2 – Buchstabe -a b (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 – Absatz 1 – Buchstabe e a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(-ab) Dem Artikel 8 Absatz 1 wird folgender Buchstabe angefügt:*

*ea) Kapitalerträge;*

Or. es

**Änderungsantrag 100**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 2 – Buchstabe -a c (neu)**  
Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 – Absatz 1 – Buchstabe e b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(-ac) Dem Artikel 8 Absatz 1 wird folgender Buchstabe angefügt:*

*eb) Steuervorbescheide;*

Or. es

**Änderungsantrag 101**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 2 – Buchstabe a**  
Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 – Absätze 4 und 5

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*a) Die Absätze 4 und 5 werden gestrichen.      entfällt*

Or. es

**Änderungsantrag 102**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 2 – Buchstabe a a (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8 – Absatz 5 – Buchstabe b

*Derzeitiger Wortlaut*

*Geänderter Text*

*b) die Liste der Arten von Einkünften und Vermögen in Absatz 1 um Dividenden, Veräußerungsgewinne und Lizenzgebühren erweitert wird.*

*(aa) Artikel 8 Absatz 5 Buchstabe b wird gestrichen.*

*entfällt*

Or. es

**Änderungsantrag 103**  
**Molly Scott Cato**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Überschrift

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Umfang und Voraussetzungen des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen

Umfang und Voraussetzungen des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen **und ihrer Veröffentlichung**

Or. en

**Änderungsantrag 104**  
**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

1. Die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats, der nach Inkrafttreten dieser Richtlinie einen Vorbescheid erteilt oder abändert oder eine Vorabverständigungsvereinbarung trifft oder abändert, übermittelt den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission im Wege eines automatischen Austauschs die relevanten Informationen.

*Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

**Änderungsantrag 105**  
**Cora van Nieuwenhuizen**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

1. Die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats, der nach Inkrafttreten dieser Richtlinie einen Vorbescheid erteilt oder abändert oder eine Vorabverständigungsvereinbarung trifft oder abändert, übermittelt den zuständigen Behörden **aller anderen** Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission im

*Geänderter Text*

1. Die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats, der nach Inkrafttreten dieser Richtlinie einen Vorbescheid erteilt oder abändert oder eine Vorabverständigungsvereinbarung trifft oder abändert, übermittelt den zuständigen Behörden **der beteiligten** Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission im

Wege eines automatischen Austauschs die relevanten Informationen.

Wege eines automatischen Austauschs die relevanten Informationen.

Or. en

**Änderungsantrag 106**  
**Molly Scott Cato**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

1. Die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats, der nach Inkrafttreten dieser Richtlinie einen Vorbescheid erteilt oder abändert oder eine Vorabverständigungsvereinbarung trifft oder abändert, übermittelt den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission im Wege eines automatischen Austauschs die relevanten Informationen.

*Geänderter Text*

1. Die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats, der nach Inkrafttreten dieser Richtlinie einen Vorbescheid erteilt oder abändert oder eine Vorabverständigungsvereinbarung trifft oder abändert, übermittelt den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission im Wege eines automatischen Austauschs die relevanten Informationen. **Die zuständige Behörde jedes Mitgliedstaats macht Vorbescheide oder Vorabverständigungsvereinbarungen auch in einem öffentlichen Online-Zentralregister zugänglich. Die Vorbescheide werden innerhalb eines Jahres nach der Erteilung veröffentlicht.**

Or. en

**Änderungsantrag 107**  
**Sander Loones**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die innerhalb eines *Zeitraums von zehn* Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

*Geänderter Text*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die innerhalb eines *Zeitraums von fünf* Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

Or. en

*Begründung*

*Eine rückwirkende Gültigkeit von zehn Jahren bedeutet hohe operative Kosten, wodurch Ressourcen von Gebieten abgezogen würden, wo sie wirksamer zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung eingesetzt werden könnten.*

**Änderungsantrag 108  
Marco Zanni, Marco Valli**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen

*Geänderter Text*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen

Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die innerhalb eines Zeitraums von **zehn** Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die innerhalb eines Zeitraums von **fünfundzwanzig** Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

Or. it

**Änderungsantrag 109**  
**Molly Scott Cato**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die **innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und** zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

*Geänderter Text*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über **alle** Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

Or. en

## **Änderungsantrag 110**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzuliță, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die **innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren** vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

#### *Geänderter Text*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

Or. en

## **Änderungsantrag 111**

**Marisa Matias, Fabio De Masi, Rina Ronja Kari, Paloma López Bermejo, Miguel Viegas**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen

#### *Geänderter Text*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen

Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die **innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und** zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

Kommission Informationen über **alle erteilten** Vorbescheide und **getroffenen** Vorabverständigungsvereinbarungen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind, **um einen vollständigen Überblick über die Vorbescheide zu erhalten, die Auswirkungen auf aktuelle Steuersysteme haben.**

Or. en

## **Änderungsantrag 112** **Cora van Nieuwenhuizen**

### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden **aller anderen** Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

#### *Geänderter Text*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden **der beteiligten** Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

Or. en

## **Änderungsantrag 113** **Angel Dzhambazki**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die innerhalb eines *zehn* Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

*Geänderter Text*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die innerhalb eines *fünf* Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

Or. en

*Begründung*

*Der vorgeschlagene Zeitraum für den rückwirkenden Abruf von Vorbescheiden ist zu lang, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass in einigen Mitgliedstaaten nach nationalem Recht diese Vorbescheide nach 5 Jahren nichtig werden.*

**Änderungsantrag 114  
Dariusz Rosati**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen

*Geänderter Text*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen

Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die innerhalb eines Zeitraums von **zehn** Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die innerhalb eines Zeitraums von **fünf** Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

Or. en

### **Änderungsantrag 115** **Bernard Monot**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

#### *Geänderter Text*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über **alle** Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden, und **gibt dabei an, welche davon** zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

Or. fr

### **Änderungsantrag 116** **Petr Ježek, Sylvie Goulard**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die ***innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren vor Inkrafttreten dieser Richtlinie erteilt bzw. getroffen wurden und*** zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

*Geänderter Text*

2. Ferner übermittelt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Kommission Informationen über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie noch gültig sind.

Or. en

**Änderungsantrag 117  
Petr Ježek, Sylvie Goulard**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 2 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***2a. Die Steuerbehörde des Mitgliedstaats veröffentlicht die erteilten Steuervorbescheide und getroffenen Vorabverständigungsvereinbarungen in anonymisierter Form in ihrem jährlichen Tätigkeitsbericht. Andere Formen der Veröffentlichung und häufigere Veröffentlichungen sind ebenfalls***

*möglich.*

Or. en

**Änderungsantrag 118**

**Marisa Matias, Rina Ronja Kari, Fabio De Masi, Paloma López Bermejo, Miguel Viegas, Dimitrios Papadimoulis**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***3. Absatz 1 gilt nicht in Fällen, in denen ein Vorbescheid ausschließlich die Steuerangelegenheiten einer oder mehrerer natürlicher Personen betrifft.***

***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 119**

**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***3. Absatz 1 gilt nicht in Fällen, in denen ein Vorbescheid ausschließlich die Steuerangelegenheiten einer oder mehrerer natürlicher Personen betrifft.***

***entfällt***

## **Änderungsantrag 120**

**Hugues Bayet, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzuliță, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 3

#### *Vorschlag der Kommission*

3. Absatz 1 gilt *nicht in Fällen*, in denen *ein Vorbescheid ausschließlich die Steuerangelegenheiten einer oder mehrerer natürlicher Personen betrifft*.

#### *Geänderter Text*

3. Absatz 1 gilt *auch, wenn sich der Antrag auf einen Steuervorbescheid auf eine Rechtsstruktur ohne Rechtspersönlichkeit bezieht*. In diesem Fall *übermittelt die zuständige Behörde des Mitgliedstaats, der den Steuervorbescheid erteilt, ihre Informationen den zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten und sorgt für die Übermittlung der Gründungsurkunde an die Mitgliedstaaten, in denen der oder die Gründer und der oder die Begünstigten der Struktur ansässig sind*.

Or. fr

## **Änderungsantrag 121**

**Peter Simon**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 4 – Buchstabe a

*Vorschlag der Kommission*

a) in Bezug auf die gemäß Absatz 1 ausgetauschten Informationen innerhalb eines Monats **nach Ablauf des Quartals, in dem** die Vorbescheide erteilt bzw. geändert oder die Vorabverständigungsvereinbarungen getroffen bzw. geändert wurden;

*Geänderter Text*

a) in Bezug auf die gemäß Absatz 1 ausgetauschten Informationen **spätestens** innerhalb eines Monats **nachdem** die Vorbescheide erteilt bzw. geändert oder die Vorabverständigungsvereinbarungen getroffen bzw. geändert wurden;

Or. de

**Änderungsantrag 122**

**Hugues Bayet, Emmanuel Maurel, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzuliță, Cătălin Sorin Ivan, Anneliese Dodds, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 4 – Buchstabe a

*Vorschlag der Kommission*

a) in Bezug auf die gemäß Absatz 1 ausgetauschten Informationen **innerhalb eines Monats** nach Ablauf des Quartals, in dem die Vorbescheide erteilt bzw. geändert oder die Vorabverständigungsvereinbarungen getroffen bzw. geändert wurden;

*Geänderter Text*

a) in Bezug auf die gemäß Absatz 1 ausgetauschten Informationen **unverzüglich und spätestens einen Monat** nach Ablauf des Quartals, in dem die Vorbescheide erteilt bzw. geändert oder die Vorabverständigungsvereinbarungen getroffen bzw. geändert wurden;

Or. en

**Änderungsantrag 123**

**Dariusz Rosati**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 4 – Buchstabe b

*Vorschlag der Kommission*

b) in Bezug auf die gemäß Absatz 2 ausgetauschten Informationen vor dem 31. Dezember **2016**.

*Geänderter Text*

b) in Bezug auf die gemäß Absatz 2 ausgetauschten Informationen vor dem 31. Dezember **2017**.

Or. en

**Änderungsantrag 124**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzulică, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 4 – Buchstabe b

*Vorschlag der Kommission*

b) in Bezug auf die gemäß Absatz 2 ausgetauschten Informationen *vor dem* 31. Dezember **2016**.

*Geänderter Text*

b) in Bezug auf die gemäß Absatz 2 ausgetauschten Informationen *innerhalb von drei Monaten nach dem Inkrafttreten*.

Or. en

**Änderungsantrag 125**

**Molly Scott Cato**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 5 – Einleitung

*Vorschlag der Kommission*

5. Die von einem Mitgliedstaat gemäß diesem Artikel zu übermittelnden Informationen müssen mindestens Folgendes enthalten:

*Geänderter Text*

5. Die von einem Mitgliedstaat gemäß diesem Artikel zu übermittelnden **und zu veröffentlichenden** Informationen müssen mindestens Folgendes enthalten:

Or. en

**Änderungsantrag 126**  
**Marco Zanni, Marco Valli**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 5 – Buchstabe b

*Vorschlag der Kommission*

b) Inhalt des Vorbescheids oder der Vorabverständigungsvereinbarung, **einschließlich** einer Beschreibung der relevanten Geschäftstätigkeiten oder Transaktionen;

*Geänderter Text*

b) Inhalt des Vorbescheids oder der Vorabverständigungsvereinbarung, **einschließlich der Rechtsgrundlage, auf der der Beschluss beruht, sowie** einer Beschreibung der relevanten Geschäftstätigkeiten oder Transaktionen;

Or. it

**Änderungsantrag 127**  
**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzuliță, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 5 – Buchstabe b

*Vorschlag der Kommission*

b) Inhalt des Vorbescheids oder der Vorabverständigungsvereinbarung, einschließlich einer Beschreibung der relevanten Geschäftstätigkeiten oder Transaktionen;

*Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

**Änderungsantrag 128**  
**Petr Ježek, Sylvie Goulard**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 5 – Buchstabe b a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***ba) die Kriterien, die für die Erteilung des Vorbescheids oder der Vorabverständigungsvereinbarung verwendet wurden, sowie die zeitliche Beschränkung und gegebenenfalls die Voraussetzungen, unter denen der Beschluss widerrufen werden kann;***

Or. en

**Änderungsantrag 129**  
**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzulică, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 5 – Buchstabe d

*Vorschlag der Kommission*

d) Angaben zu den anderen Mitgliedstaaten, die möglicherweise unmittelbar oder mittelbar von dem Vorbescheid oder der Vorabverständigungsvereinbarung betroffen sind;

*Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

**Änderungsantrag 130**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzuliță, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 5 – Buchstabe e

*Vorschlag der Kommission*

e) Angaben zu allen Personen – außer natürlichen Personen – in anderen Mitgliedstaaten, die möglicherweise unmittelbar oder mittelbar von dem Vorbescheid oder der Vorabverständigungsvereinbarung betroffen sind (sowie Angaben dazu, zu welchem Mitgliedstaat die betreffenden Personen in Beziehung stehen).

*Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

## **Änderungsantrag 131**

**Hugues Bayet, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzulică, Cătălin Sorin Ivan, Anneliese Dodds, Elisa Ferreira**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 5 – Buchstabe e a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***ea) sobald sie verfügbar ist, die europäische Steuer-Identifikationsnummer wie im Aktionsplan der Kommission zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung aus dem Jahr 2012 vorgesehen.***

Or. en

## **Änderungsantrag 132**

**Hugues Bayet**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 5 – Buchstabe e b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***eb) die Beschreibung der angewandten Kriterien und der geltenden Vorschriften, wenn ein rechtlicher oder tatsächlicher Mechanismus eine Verringerung der Steuerbemessungsgrundlage des Steuerpflichtigen aufgrund einer Ausnahmeregelung von den normalen Vorschriften des Mitgliedstaats, der den Vorbescheid erteilt, erlaubt, beispielsweise***

*eine Genehmigung für eine schnellere  
Abschreibung als normal oder für einen  
Abzug von Kosten, die dem  
Steuerpflichtigen nicht direkt entstanden  
sind oder nicht tatsächlich entstanden  
sind;*

Or. fr

**Änderungsantrag 133**  
**Hugues Bayet**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 5 – Buchstabe e c (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*ec) die Beschreibung der angewandten  
Kriterien und der geltenden Vorschriften,  
wenn einem Steuerpflichtigen ein  
niedrigerer Steuersatz als der normale  
Steuersatz des Mitgliedstaats, der den  
Vorbescheid erteilt, gewährt wird;*

Or. fr

**Änderungsantrag 134**  
**Hugues Bayet**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 5 – Buchstabe e d (neu)

*ed) eine Beschreibung der angewandten Kriterien und des genutzten Mechanismus, wenn eine der an diesem Mechanismus beteiligten Parteien in einem Drittstaat ansässig ist, in dem die Besteuerung nicht vorhanden oder wesentlich günstiger ist;*

Or. fr

**Änderungsantrag 135**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzuliță, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 5 a (neu)

*5a. Die Mitgliedstaaten verlangen von jedem Emittenten, jährlich aufgeschlüsselt nach Mitgliedstaaten und Drittstaaten, in denen er über ein Tochterunternehmen verfügt, folgende Angaben auf konsolidierter Basis für das Geschäftsjahr zu veröffentlichen:*

- a) Namen, Art der Tätigkeiten und geografische Lage,*
- b) Umsatz,*
- c) Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten,*
- d) Gewinn oder Verlust vor Steuern,*
- e) Steuern auf das Ergebnis,*
- f) erhaltene staatliche Beihilfen.*

## **Änderungsantrag 136**

**Hugues Bayet, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzulică, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 6

#### *Vorschlag der Kommission*

6. Zur Erleichterung des Austauschs kann die Kommission alle zur Umsetzung dieses Artikels erforderlichen Maßnahmen und praktischen Regelungen treffen; hierzu zählen Maßnahmen zur standardisierten Übermittlung der in Absatz 5 genannten Informationen als Teil des Verfahrens zur Festlegung des gemäß Artikel 20 Absatz 5 vorgesehenen Standardformblatts.

#### *Geänderter Text*

6. Zur Erleichterung des Austauschs kann die Kommission alle zur Umsetzung dieses Artikels erforderlichen Maßnahmen und praktischen Regelungen treffen; hierzu zählen Maßnahmen zur standardisierten Übermittlung der in Absatz 5 genannten Informationen als Teil des Verfahrens zur Festlegung des gemäß Artikel 20 Absatz 5 vorgesehenen Standardformblatts. ***In Mitgliedstaaten, in denen dezentralisierte gebiets- oder verwaltungsmäßige Einrichtungen über steuerliche Kompetenzen verfügen, unterstützt die Kommission die Mitgliedstaaten, um dafür zu sorgen, dass sie ihrer Verpflichtung nachkommen, diese Einrichtungen zu schulen und zu unterstützen.***

Or. en

## **Änderungsantrag 137**

**Molly Scott Cato**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 6

*Vorschlag der Kommission*

6. Zur Erleichterung des Austauschs kann die Kommission alle zur Umsetzung dieses Artikels erforderlichen Maßnahmen und praktischen Regelungen treffen; hierzu zählen Maßnahmen zur standardisierten Übermittlung der in Absatz 5 genannten Informationen als Teil des Verfahrens zur Festlegung des gemäß Artikel 20 Absatz 5 vorgesehenen Standardformblatts.

*Geänderter Text*

6. Zur Erleichterung des Austauschs **und der Veröffentlichung** kann die Kommission alle zur Umsetzung dieses Artikels erforderlichen Maßnahmen und praktischen Regelungen treffen; hierzu zählen Maßnahmen zur standardisierten Übermittlung der in Absatz 5 genannten Informationen als Teil des Verfahrens zur Festlegung des gemäß Artikel 20 Absatz 5 vorgesehenen Standardformblatts **und die Schaffung einer öffentlichen zentralen Datenbank, in der alle Vorbescheide gespeichert und zur Verfügung gestellt würden.**

Or. en

**Änderungsantrag 138**

**Hugues Bayet, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Doru-Claudian Frunzulică, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 8

*Vorschlag der Kommission*

8. Die Mitgliedstaaten können den Mitgliedstaat, der einen Vorbescheid erteilt oder eine Vorabverständigungsvereinbarung getroffen hat, gemäß Artikel 5 um Übermittlung zusätzlicher Informationen,

*Geänderter Text*

8. Die Mitgliedstaaten – **oder ihre gebiets- oder verwaltungsmäßigen Einrichtungen einschließlich gegebenenfalls der lokalen Behörden** – können den Mitgliedstaat, der einen Vorbescheid erteilt oder eine Vorabverständigungsvereinbarung

einschließlich des vollständigen Wortlauts des Bescheids oder der Vereinbarung, ersuchen.

getroffen hat, gemäß Artikel 5 um Übermittlung zusätzlicher Informationen, einschließlich des vollständigen Wortlauts des Bescheids oder der Vereinbarung, ersuchen.

Or. en

### **Änderungsantrag 139**

**Hugues Bayet, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzulică, Cătălin Sorin Ivan, Evelyn Regner, Elisa Ferreira**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 8 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***8 a. Es wird ein Mindeststeuersatz festgelegt.***

Or. en

### **Änderungsantrag 140**

**Tom Vandenkendelaere**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 8 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***8a. Die Kommission schlägt einen gemeinsamen Unionsrahmen vor, in dem die Standard-Verfahrensvorschriften für***

***Steuervorbescheide festgelegt werden,  
darunter:***

***1) die Verpflichtung, eine anonymisierte  
und zusammengefasste Fassung aller  
Steuervorbescheide unter vollständiger  
Beachtung der  
Vertraulichkeitsanforderungen zu  
veröffentlichen,***

***2) die Verpflichtung, die Kriterien für die  
Erteilung, die Verweigerung oder den  
Widerruf von Steuervorbescheiden zu  
veröffentlichen,***

***4) Gleichbehandlung und gleicher  
Zugang für alle Steuerpflichtigen,***

***5) die Anforderungen, dass mindestens  
zwei Beamte (entweder intern oder extern)  
ihre Zustimmung zu Beschlüssen über  
Vorbescheide erteilen.***

Or. en

**Änderungsantrag 141  
Petr Ježek, Sylvie Goulard**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 9 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***9a. Die Mitgliedstaaten informieren die  
Kommission und die anderen  
Mitgliedstaaten zu einem frühen  
Zeitpunkt über alle relevanten  
Änderungen ihrer Verfahren für  
Steuervorbescheide (Formalitäten der  
Antragsstellung, Entscheidungsverfahren  
usw.);***

Or. en

**Änderungsantrag 142**  
**Petr Ježek, Sylvie Goulard**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8a – Absatz 9 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***9b. Die Steuerbehörden der Mitgliedstaaten informieren die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten über alle relevanten Änderungen ihres Körperschaftssteuerrechts (Einführung eines neuen Freibetrags, Nachlass, Ausnahmen, Anreize oder ähnliche Maßnahmen usw.), die eine Auswirkung auf ihre effektiven Steuersätze oder auf die Steuereinnahmen eines anderen Mitgliedstaats haben könnten;***

Or. en

*Begründung*

*Die Gruppe „Verhaltenskodex“ wurde für solche Meldungen eingerichtet, ist aber an ihre Grenzen gestoßen. Die Kommission sollte daher einen Mechanismus einrichten, über den die Mitgliedstaaten die Kommission und andere Mitgliedstaaten über alle relevanten Änderungen ihres Körperschaftssteuerrechts informieren können, wenn diese Auswirkungen auf ihre eigenen Steuersätze und/oder auf die Steuereinnahmen eines anderen Mitgliedstaats haben können.*

**Änderungsantrag 143**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8b – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

1. Bis zum 1. Oktober 2017 unterbreiten die Mitgliedstaaten der Kommission jährlich Statistiken zum Umfang des automatischen Informationsaustauschs **gemäß den Artikeln 8 und 8a und soweit möglich Angaben zu den administrativen und anderen einschlägigen Kosten und Vorteilen des erfolgten Austauschs und zu allen möglichen Änderungen, sowohl für die Steuerverwaltungen als auch für Dritte.**

*Geänderter Text*

1. Bis zum 1. Oktober 2017 unterbreiten die Mitgliedstaaten der Kommission jährlich Statistiken zum Umfang des automatischen Informationsaustauschs **über Steuervorbescheide.**

Or. es

**Änderungsantrag 144**

**Petr Ježek, Sylvie Goulard**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8b – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

1. Bis zum 1. Oktober 2017 unterbreiten die Mitgliedstaaten der Kommission jährlich Statistiken zum Umfang des automatischen Informationsaustauschs gemäß den Artikeln 8 und 8a und soweit möglich Angaben zu den administrativen und anderen einschlägigen Kosten und Vorteilen des erfolgten Austauschs und zu allen möglichen Änderungen, sowohl für die Steuerverwaltungen als auch für Dritte.

*Geänderter Text*

1. Bis zum 1. Oktober 2017 unterbreiten die Mitgliedstaaten der Kommission jährlich Statistiken zum Umfang des automatischen Informationsaustauschs gemäß den Artikeln 8 und 8a, **zu den Arten von erteilten Vorbescheiden** und soweit möglich Angaben zu den administrativen und anderen einschlägigen Kosten und Vorteilen des erfolgten Austauschs und zu allen möglichen Änderungen, sowohl für die Steuerverwaltungen als auch für Dritte.

**Änderungsantrag 145**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**  
Richtlinie 2011/16/EU  
Artikel 8b – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2. Bis zum 1. Oktober 2018 legt die Kommission einen Bericht vor, der einen Überblick sowie eine Bewertung bezüglich der gemäß Absatz 1 erhaltenen Statistiken und Informationen betreffend Fragen wie administrative und andere einschlägige Kosten und Vorteile des automatischen Austauschs von Informationen sowie die damit verbundenen praktischen Aspekte enthält. Die Kommission legt dem Rat gegebenenfalls einen Vorschlag zu den in Artikel 8 Absatz 1 festgelegten Arten von Einkünften und Vermögen und/oder Voraussetzungen vor, einschließlich der Voraussetzung, dass Informationen über in anderen Mitgliedstaaten ansässige Personen verfügbar sein müssen.“**

**entfällt**

Or. es

**Änderungsantrag 146**  
**Anneliese Dodds, Hugues Bayet**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 8b – Absatz 2 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***2a. Bis zum 1. Oktober 2017 und anschließend jährlich veröffentlicht die Kommission auf der Grundlage der Informationen in dem gesicherten Zentralverzeichnis eine anonymisierte Zusammenfassung der wichtigsten Steuervorbescheide, die im letzten Jahr erteilt wurden. Hierbei trägt die Kommission den in Artikel 23a festgelegten Bestimmungen über die Vertraulichkeit Rechnung.***

Or. en

**Änderungsantrag 147**

**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3 a (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 9 – Absatz 1

*Derzeitiger Wortlaut*

*Geänderter Text*

1. Die zuständige Behörde jedes Mitgliedstaats übermittelt der zuständigen Behörde jedes anderen betroffenen Mitgliedstaats die in Artikel 1 Absatz 1 genannten Informationen in folgenden Fällen:

***3a) Artikel 9 Absatz 1 wird wie folgt geändert:***

„1. Die zuständige Behörde jedes Mitgliedstaats übermittelt der zuständigen Behörde jedes anderen betroffenen Mitgliedstaats **und der Kommission** die in Artikel 1 Absatz 1 genannten Informationen in folgenden Fällen:“

Or. es

**Änderungsantrag 148**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 3 b (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 9 – Absatz 2

*Derzeitiger Wortlaut*

2. Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten können den zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten im Wege des spontanen Informationsaustauschs alle Informationen, von denen sie Kenntnis haben und die für die zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten von Nutzen sein können, übermitteln.

*Geänderter Text*

**3b) Artikel 9 Absatz 2 wird wie folgt geändert:**

„2. Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten können den zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten **und der Kommission** im Wege des spontanen Informationsaustauschs alle Informationen, von denen sie Kenntnis haben und die für die zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten von Nutzen sein können, übermitteln.“

Or. es

**Änderungsantrag 149**  
**Molly Scott Cato**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 4**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 14 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

3. Verwendet ein Mitgliedstaat die von einem anderen Mitgliedstaat gemäß Artikel 8a übermittelten Informationen, gibt er der zuständigen Behörde, die die

*Geänderter Text*

3. Verwendet ein Mitgliedstaat die von einem anderen Mitgliedstaat gemäß Artikel 8a übermittelten Informationen, gibt er der **Kommission und der** zuständigen Behörde,

Informationen übermittelt hat, so bald wie möglich, spätestens jedoch drei Monate nach Vorliegen des Ergebnisses, zu dem die Verwendung der angeforderten Informationen geführt hat, eine entsprechende Rückmeldung, sofern noch keine Rückmeldung nach Absatz 1 erfolgt ist. Die Kommission legt die praktischen Modalitäten nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren fest.

die die Informationen übermittelt hat, so bald wie möglich, spätestens jedoch drei Monate nach Vorliegen des Ergebnisses, zu dem die Verwendung der angeforderten Informationen geführt hat, eine entsprechende Rückmeldung, sofern noch keine Rückmeldung nach Absatz 1 erfolgt ist. Die Kommission legt die praktischen Modalitäten nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren fest.

Or. en

**Änderungsantrag 150**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 4 a (neu)**  
Richtlinie 2011/16/EU  
Artikel 16 – Absatz 1

*Derzeitiger Wortlaut*

1. Die Informationen, die nach Maßgabe dieser Richtlinie in irgendeiner Form zwischen Mitgliedstaaten übermittelt werden, *unterliegen der Geheimhaltungspflicht und genießen den Schutz, den das nationale* Recht des Mitgliedstaats, der sie erhalten hat, für vergleichbare Informationen *gewährt*. Diese Informationen können zur Anwendung und Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts der Mitgliedstaaten über die in Artikel 2 genannten Steuern verwendet werden.

*Geänderter Text*

***4a) Artikel 16 Absatz 1 wird wie folgt geändert:***

„1. Die Informationen, die nach Maßgabe dieser Richtlinie in irgendeiner Form zwischen Mitgliedstaaten übermittelt werden, *können als vertraulich behandelt werden, wenn dies im innerstaatlichen* Recht des Mitgliedstaats, der sie erhalten hat, für vergleichbare Informationen *so festgelegt ist*. Diese Informationen können zur Anwendung und Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts der Mitgliedstaaten über die in Artikel 2 genannten Steuern verwendet werden.“

Or. es

**Änderungsantrag 151**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 4 b (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 16 – Absatz 2

*Derzeitiger Wortlaut*

***2. Mit Zustimmung der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, die im Rahmen dieser Richtlinie Informationen übermittelt, und nur insoweit, als dies gemäß den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats der zuständigen Behörde, die die Informationen erhält, zulässig ist, können die im Rahmen dieser Richtlinie erhaltenen Informationen und Schriftstücke für andere als in Absatz 1 genannte Zwecke verwendet werden.***

Diese Zustimmung wird erteilt, wenn die Informationen in dem Mitgliedstaat der zuständigen Behörde, die die Informationen übermittelt, für ähnliche Zwecke verwendet werden können.

*Geänderter Text*

***4b) Artikel 16 Absatz 2 wird wie folgt geändert:***

„2. Diese Zustimmung wird erteilt, wenn die Informationen in dem Mitgliedstaat der zuständigen Behörde, die die Informationen übermittelt, für ähnliche Zwecke verwendet werden können.“

Or. es

**Änderungsantrag 152**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 4 c (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 16 – Absatz 3

3. Ist die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats der Ansicht, dass Informationen, die sie von der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaats erhalten hat, für die zuständige Behörde eines dritten Mitgliedstaats für die in Absatz 1 genannten Zwecke von Nutzen sein könnten, so kann sie diese Informationen der letztgenannten zuständigen Behörde unter der Voraussetzung weitergeben, dass diese Weitergabe im Einklang mit den in dieser Richtlinie festgelegten Regeln und Verfahren erfolgt. Sie teilt der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, von dem die Informationen stammen, ihre Absicht mit, die Informationen einem dritten Mitgliedstaat weiterzugeben. ***Der Mitgliedstaat, von dem die Informationen stammen, kann innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Eingang der Mitteilung über die beabsichtigte Weitergabe mitteilen, dass er dieser Weitergabe der Informationen nicht zustimmt.***

***4c) Artikel 16 Absatz 3 wird wie folgt geändert:***

3. Ist die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats der Ansicht, dass Informationen, die sie von der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaats erhalten hat, für die zuständige Behörde eines dritten Mitgliedstaats für die in Absatz 1 genannten Zwecke von Nutzen sein könnten, so kann sie diese Informationen der letztgenannten zuständigen Behörde unter der Voraussetzung weitergeben, dass diese Weitergabe im Einklang mit den in dieser Richtlinie festgelegten Regeln und Verfahren erfolgt. Sie teilt der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, von dem die Informationen stammen, ihre Absicht mit, die Informationen einem dritten Mitgliedstaat weiterzugeben.

Or. es

**Änderungsantrag 153**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 4 d (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 17 – Absätze 2, 3, 4 und 5

*2. Die vorliegende Richtlinie verpflichtet einen ersuchten Mitgliedstaat nicht zu Ermittlungen oder zur Übermittlung von Informationen, wenn die Durchführung solcher Ermittlungen bzw. die Beschaffung der betreffenden Informationen durch diesen Mitgliedstaat für seine eigenen Zwecke mit seinen Rechtsvorschriften unvereinbar wäre.*

*3. Die zuständige Behörde eines ersuchten Mitgliedstaats kann die Übermittlung von Informationen ablehnen, wenn der ersuchende Mitgliedstaat seinerseits aus rechtlichen Gründen nicht zur Übermittlung entsprechender Informationen in der Lage ist.*

*4. Die Übermittlung von Informationen kann abgelehnt werden, wenn sie zur Preisgabe eines Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens führen würde oder wenn die Preisgabe der betreffenden Information die öffentliche Ordnung verletzen würde.*

*5. Die ersuchte Behörde teilt der ersuchenden Behörde die Gründe mit, aus denen ein Auskunftsersuchen abgelehnt wurde.*

**4d) Artikel 17 Absätze 2, 3, 4 und 5 werden gestrichen.**

**entfällt**

Or. es

**Änderungsantrag 154**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 4 e (neu)**

*Derzeitiger Wortlaut*

1. Ersucht ein Mitgliedstaat im Einklang mit dieser Richtlinie um Informationen, so trifft der ersuchte Mitgliedstaat die ihm zur Beschaffung von Informationen zur Verfügung stehenden Maßnahmen, um sich die erbetenen Informationen zu verschaffen, auch wenn dieser Mitgliedstaat solche Informationen möglicherweise nicht für eigene Steuerzwecke benötigt. Diese Verpflichtung **gilt unbeschadet des Artikels 17 Absätze 2, 3 und 4, der** jedoch nicht so ausgelegt werden **kann**, dass sich ein ersuchter Mitgliedstaat darauf berufen kann, um die Bereitstellung der Informationen allein deshalb abzulehnen, weil er kein eigenes Interesse daran hat.

*Geänderter Text*

**4e) Artikel 18 Absatz 1 wird wie folgt geändert:**

„1. Ersucht ein Mitgliedstaat im Einklang mit dieser Richtlinie um Informationen, so trifft der ersuchte Mitgliedstaat die ihm zur Beschaffung von Informationen zur Verfügung stehenden Maßnahmen, um sich die erbetenen Informationen zu verschaffen, auch wenn dieser Mitgliedstaat solche Informationen möglicherweise nicht für eigene Steuerzwecke benötigt. Diese Verpflichtung **kann** jedoch nicht so ausgelegt werden, dass sich ein ersuchter Mitgliedstaat darauf berufen kann, um die Bereitstellung der Informationen allein deshalb abzulehnen, weil er kein eigenes Interesse daran hat.“

Or. es

**Änderungsantrag 155**

**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 4 f (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 18 – Absatz 2

*Derzeitiger Wortlaut*

2. Artikel 17 **Absätze 2 und 4** ist in keinem Fall so auszulegen, dass die ersuchte

*Geänderter Text*

**4f) Artikel 18 Absatz 2 wird wie folgt geändert:**

„2. Artikel 17 ist in keinem Fall so auszulegen, dass die ersuchte Behörde

Behörde eines Mitgliedstaats die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil die Informationen sich bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

eines Mitgliedstaats die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil die Informationen sich bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.“

Or. es

**Änderungsantrag 156**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 4 g (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 18 – Absatz 3

*Derzeitiger Wortlaut*

3. *Ungeachtet des Absatzes 2* kann ein Mitgliedstaat die Übermittlung der erbetenen Informationen verweigern, wenn diese Informationen vor dem 1. Januar 2011 liegende Besteuerungszeiträume betreffen und wenn die Übermittlung dieser Informationen auf der Grundlage des Artikels 8 Absatz 1 der Richtlinie 77/799/EWG hätte verweigert werden können, falls vor dem 11. März 2011 um sie ersucht worden wäre.

*Geänderter Text*

**4g) Artikel 18 Absatz 3 wird wie folgt geändert:**

3. *Trotzdem* kann ein Mitgliedstaat die Übermittlung der erbetenen Informationen verweigern, wenn diese Informationen vor dem 1. Januar 2011 liegende Besteuerungszeiträume betreffen und wenn die Übermittlung dieser Informationen auf der Grundlage des Artikels 8 Absatz 1 der Richtlinie 77/799/EWG hätte verweigert werden können, falls vor dem 11. März 2011 um sie ersucht worden wäre.

Or. es

**Änderungsantrag 157**  
**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Jakob von Weizsäcker, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 5**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 20 – Absatz 5

*Vorschlag der Kommission*

5. Der automatische Informationsaustausch über Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen gemäß Artikel 8a erfolgt unter Verwendung eines Standardformblatts, sobald dieses von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren angenommen wurde.

*Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

**Änderungsantrag 158  
Peter Simon**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 6**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 21 – Absatz 5

*Vorschlag der Kommission*

(5) Die Kommission richtet ein technisch gesichertes Zentralverzeichnis ein, in dem die gemäß Artikel 8a zu übermittelnden Informationen im Hinblick auf den automatischen Austausch gemäß Artikel 8a Absätze 1 und 2 erfasst werden **können**. Die Kommission hat Zugang zu den in diesem Verzeichnis erfassten Informationen. Die praktischen Modalitäten werden von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten

*Geänderter Text*

(5) Die Kommission richtet **bis zum 31. Dezember 2016** ein technisch gesichertes Zentralverzeichnis ein, in dem die gemäß Artikel 8a zu übermittelnden Informationen im Hinblick auf den automatischen Austausch gemäß Artikel 8a Absätze 1 und 2 erfasst werden. **Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet die ausgetauschten Informationen zur Speicherung in diesem Verzeichnis zur Verfügung zu stellen.** Die Kommission hat

Verfahren festgelegt.

Zugang zu den in diesem Verzeichnis erfassten Informationen. Die praktischen Modalitäten werden von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren festgelegt. **Zudem haben alle Personen oder Organisationen, die ein berechtigtes Interesse nachweisen können, Zugang zu den erfassten Informationen.**

Or. de

### **Änderungsantrag 159**

**Marisa Matias, Fabio De Masi, Rina Ronja Kari, Paloma López Bermejo, Miguel Viegas**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 6**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 21 – Absatz 5

#### *Vorschlag der Kommission*

5. Die Kommission richtet ein technisch gesichertes Zentralverzeichnis ein, in dem die gemäß Artikel 8a zu übermittelnden Informationen im Hinblick auf den automatischen Austausch gemäß Artikel 8a Absätze 1 und 2 erfasst werden können. Die Kommission hat Zugang zu den in diesem Verzeichnis erfassten Informationen. Die praktischen Modalitäten werden von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren festgelegt.

#### *Geänderter Text*

5. Die Kommission richtet **bis spätestens Dezember 2016** ein technisch gesichertes Zentralverzeichnis ein, in dem die gemäß Artikel 8a zu übermittelnden Informationen im Hinblick auf den automatischen Austausch gemäß Artikel 8a Absätze 1 und 2 erfasst werden können. Die Kommission hat Zugang zu den in diesem Verzeichnis erfassten Informationen **und sorgt dafür, dass die Öffentlichkeit Zugang zu den in dem Verzeichnis erfassten Informationen hat.** Die praktischen Modalitäten werden von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren festgelegt.

Or. en

### **Änderungsantrag 160**

**Molly Scott Cato**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 6**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 21 – Absatz 5

*Vorschlag der Kommission*

5. Die Kommission richtet ein **technisch gesichertes** Zentralverzeichnis ein, in dem die gemäß Artikel 8a zu übermittelnden Informationen im Hinblick auf den automatischen Austausch gemäß Artikel 8a Absätze 1 und 2 erfasst werden **können**. Die Kommission hat Zugang zu den in diesem Verzeichnis erfassten Informationen. Die praktischen Modalitäten werden von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren festgelegt.

*Geänderter Text*

5. Die Kommission richtet ein **öffentliches** Zentralverzeichnis ein, in dem die gemäß Artikel 8a zu übermittelnden Informationen im Hinblick auf den automatischen Austausch gemäß Artikel 8a Absätze 1 und 2 erfasst **und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt** werden. Die Kommission hat Zugang zu den in diesem Verzeichnis erfassten Informationen. Die praktischen Modalitäten werden von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren festgelegt.

Or. en

**Änderungsantrag 161**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzulică, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 6**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 21 – Absatz 5

*Vorschlag der Kommission*

5. Die Kommission richtet ein technisch gesichertes Zentralverzeichnis ein, in dem die gemäß Artikel 8a zu übermittelnden Informationen im Hinblick auf den

*Geänderter Text*

5. Die Kommission richtet **spätestens zum 31. Dezember 2016** ein technisch gesichertes Zentralverzeichnis ein, in dem die gemäß Artikel 8a zu übermittelnden

automatischen Austausch gemäß Artikel 8a Absätze 1 und 2 erfasst werden **können**. Die Kommission hat Zugang zu den in diesem Verzeichnis erfassten Informationen. Die praktischen Modalitäten werden von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren festgelegt.

Informationen im Hinblick auf den automatischen Austausch gemäß Artikel 8a Absätze 1 und 2 erfasst werden. Die Kommission hat Zugang zu den in diesem Verzeichnis erfassten Informationen. Die praktischen Modalitäten werden von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren festgelegt.

Or. en

**Änderungsantrag 162**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 6**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 21 – Absatz 5

*Vorschlag der Kommission*

5. Die Kommission richtet ein technisch gesichertes Zentralverzeichnis ein, in dem die gemäß Artikel 8a zu übermittelnden Informationen im Hinblick auf den automatischen Austausch gemäß Artikel 8a Absätze 1 und 2 erfasst werden können. Die Kommission hat Zugang zu den in diesem Verzeichnis erfassten Informationen. Die praktischen Modalitäten werden von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren festgelegt.“

*Geänderter Text*

5. Die Kommission richtet ein technisch gesichertes Zentralverzeichnis ein, in dem die gemäß Artikel **8 und** 8a zu übermittelnden Informationen im Hinblick auf den automatischen Austausch gemäß Artikel 8a Absätze 1 und 2 erfasst werden können. Die Kommission hat Zugang zu den in diesem Verzeichnis erfassten Informationen. Die praktischen Modalitäten werden von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren festgelegt.

Or. es

**Änderungsantrag 163**  
**Petr Ježek, Sylvie Goulard**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 6**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 21 – Absatz 5

*Vorschlag der Kommission*

5. Die Kommission richtet ein technisch gesichertes Zentralverzeichnis ein, in dem die gemäß Artikel 8a zu übermittelnden Informationen im Hinblick auf den automatischen Austausch gemäß Artikel 8a Absätze 1 und 2 erfasst werden können. Die Kommission **hat** Zugang zu den in diesem Verzeichnis erfassten Informationen. Die praktischen Modalitäten werden von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren festgelegt.

*Geänderter Text*

5. Die Kommission richtet ein technisch gesichertes Zentralverzeichnis ein, in dem die gemäß Artikel 8a zu übermittelnden Informationen im Hinblick auf den automatischen Austausch gemäß Artikel 8a Absätze 1 und 2 erfasst werden können. Die Kommission **und die Mitgliedstaaten haben** Zugang zu den in diesem Verzeichnis erfassten Informationen. Die praktischen Modalitäten werden von der Kommission nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren festgelegt.

Or. en

**Änderungsantrag 164  
Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 7 – Buchstabe -a (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 23 – Absatz 2

*Derzeitiger Wortlaut*

2. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission eine jährliche Bewertung der Wirksamkeit des automatischen Informationsaustauschs gemäß Artikel 8 sowie die erreichten praktischen Ergebnisse. Die Kommission legt die Form und die Bedingungen für die Übermittlung

*Geänderter Text*

**-a) Artikel 23 Absatz 2 wird wie folgt geändert:**

2. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission eine jährliche Bewertung der Wirksamkeit des automatischen Informationsaustauschs gemäß Artikel 8 sowie die erreichten praktischen Ergebnisse. Die Kommission legt die Form und die Bedingungen für die Übermittlung

dieser jährlichen Bewertung nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren fest.

dieser jährlichen Bewertung nach dem in Artikel 26 Absatz 2 genannten Verfahren *in Bezug auf den Kampf gegen Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und Steuerumgehung* fest.

Or. es

**Änderungsantrag 165**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 7 – Buchstabe a a (neu)**  
Richtlinie 2011/16/EU  
Artikel 23 – Absatz 5

*Derzeitiger Wortlaut*

*5. Die der Kommission gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 übermittelten Informationen sind von dieser im Einklang mit den für Einrichtungen der Union geltenden Bestimmungen vertraulich zu behandeln.*

*Geänderter Text*

*7aa) Artikel 23 Absatz 5 wird gestrichen.  
entfällt*

Or. es

**Änderungsantrag 166**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 7 – Buchstabe a b (neu)**  
Richtlinie 2011/16/EU  
Artikel 23 – Absatz 6

*Derzeitiger Wortlaut*

6. Die der Kommission gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 von einem Mitgliedstaat übermittelten Informationen sowie etwaige Berichte oder Dokumente, die die Kommission unter Verwendung solcher Informationen erstellt hat, können an andere Mitgliedstaaten weitergegeben werden. ***Derartige weitergegebene Informationen unterliegen der Geheimhaltungspflicht und genießen den Schutz, den das nationale Recht des Mitgliedstaats, der sie erhalten hat, ähnlichen Informationen gewährt.***

*Geänderter Text*

***7ab) Artikel 23 Absatz 6 wird wie folgt geändert:***

6. Die der Kommission gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 von einem Mitgliedstaat übermittelten Informationen sowie etwaige Berichte oder Dokumente, die die Kommission unter Verwendung solcher Informationen erstellt hat, können an andere Mitgliedstaaten weitergegeben werden.

Or. es

**Änderungsantrag 167**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 7 – Buchstabe b a (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 23 – Absatz 6 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***7ba) In Artikel 23 wird folgender Absatz eingefügt:***

***6a. Die Mitgliedstaaten der ersuchenden Behörde übermitteln der Kommission einen Bericht mit dem Ergebnis der Ermittlung, wenn die Akte geschlossen wird. Die Kommission nimmt diese Berichte in eine Datenbank auf und erstellt eine Liste grenzüberschreitender Steuerhinterzieher und Steuerumgeher, wenn die Akte zu einer Verwaltungsstrafe***

*für die natürliche oder juristische Person  
führt, die Gegenstand der Ermittlung oder  
des automatischen  
Informationsaustauschs ist.*

Or. es

**Änderungsantrag 168**  
**Sander Loones**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 8**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 23a – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

1. Die der Kommission gemäß dieser Richtlinie übermittelten Informationen sind von der Kommission im Einklang mit den für Einrichtungen der Union geltenden Bestimmungen vertraulich zu behandeln.

*Geänderter Text*

1. Die der Kommission gemäß dieser Richtlinie übermittelten Informationen sind von der Kommission im Einklang mit den für Einrichtungen der Union geltenden Bestimmungen vertraulich zu behandeln **und dürfen nicht für andere Zwecke verwendet werden als für die Prüfung, ob und inwieweit die Mitgliedstaaten dieser Richtlinie nachkommen.**

Or. en

*Begründung*

*Die Kommission ist keine Steuerbehörde und kann die Informationen daher nur verwenden, um die wirksame Anwendung dieser Richtlinie zu beobachten und zu beurteilen.*

**Änderungsantrag 169**  
**Molly Scott Cato**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 8**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 23a – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

1. Die der Kommission gemäß dieser Richtlinie übermittelten Informationen *sind* von der Kommission im Einklang mit den für Einrichtungen der Union geltenden Bestimmungen *vertraulich zu behandeln*.

*Geänderter Text*

1. Die der Kommission gemäß dieser Richtlinie übermittelten Informationen *werden* von der Kommission *und dem die Informationen übermittelnden Mitgliedstaat* im Einklang mit den für Einrichtungen der Union geltenden Bestimmungen *spätestens ein Jahr nach dem Erteilen des Vorbescheids veröffentlicht*.

Or. en

**Änderungsantrag 170  
Bernd Lucke**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 8**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 23a – Absatz 2 – Unterabsatz 1

*Vorschlag der Kommission*

Die der Kommission gemäß Artikel 23 von einem Mitgliedstaat übermittelten Informationen sowie etwaige Berichte oder Dokumente, die die Kommission unter Verwendung solcher Informationen erstellt hat, können an andere *Mitgliedstaaten* weitergegeben werden. Derartige weitergegebene Informationen unterliegen der Geheimhaltungspflicht und genießen den Schutz, den das nationale Recht des *Mitgliedstaats*, der sie erhalten hat, ähnlichen Informationen gewährt.

*Geänderter Text*

Die der Kommission gemäß Artikel 23 von einem Mitgliedstaat *der EU oder des EWR* übermittelten Informationen sowie etwaige Berichte oder Dokumente, die die Kommission unter Verwendung solcher Informationen erstellt hat, können an andere *EU-Mitgliedstaaten (und im Falle der Gegenseitigkeit auch an EWR-Mitgliedstaaten)* weitergegeben werden. Derartige weitergegebene Informationen unterliegen der Geheimhaltungspflicht und genießen den Schutz, den das nationale

Recht des *EU-Mitgliedstaats (und im Falle der Gegenseitigkeit des EWR-Mitgliedstaats)*, der sie erhalten hat, ähnlichen Informationen gewährt.

Or. en

**Änderungsantrag 171**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 8**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 23a – Absatz 2 – Unterabsatz 1

*Vorschlag der Kommission*

Die der Kommission gemäß Artikel 23 von einem Mitgliedstaat übermittelten Informationen sowie etwaige Berichte oder Dokumente, die die Kommission unter Verwendung solcher Informationen erstellt hat, können an andere Mitgliedstaaten weitergegeben werden. Derartige weitergegebene Informationen *unterliegen der Geheimhaltungspflicht und* genießen den Schutz, den das nationale Recht des Mitgliedstaats, der sie erhalten hat, ähnlichen Informationen gewährt.

*Geänderter Text*

Die der Kommission gemäß Artikel 23 von einem Mitgliedstaat übermittelten Informationen sowie etwaige Berichte oder Dokumente, die die Kommission unter Verwendung solcher Informationen erstellt hat, können an andere Mitgliedstaaten weitergegeben werden. Derartige weitergegebene Informationen genießen den Schutz, den das nationale Recht des Mitgliedstaats, der sie erhalten hat, ähnlichen Informationen gewährt.

Or. es

**Änderungsantrag 172**  
**Bernd Lucke**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 8**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 23a – Absatz 2 – Unterabsatz 2

*Vorschlag der Kommission*

Die von der Kommission gemäß Unterabsatz 1 erstellten Berichte und Dokumente dürfen von den **Mitgliedstaaten** nur zu analytischen Zwecken genutzt werden, jedoch ohne ausdrückliche Zustimmung der Kommission weder veröffentlicht noch Dritten oder anderen Stellen zugänglich gemacht werden.

*Geänderter Text*

Die von der Kommission gemäß Unterabsatz 1 erstellten Berichte und Dokumente dürfen von den **EU- oder EWR-Mitgliedstaaten** nur zu analytischen Zwecken genutzt werden, jedoch ohne ausdrückliche Zustimmung der Kommission weder veröffentlicht noch Dritten oder anderen Stellen zugänglich gemacht werden.

Or. en

**Änderungsantrag 173**

**Hugues Bayet, Emmanuel Maurel, Peter Simon, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzuliță, Cătălin Sorin Ivan, Anneliese Dodds, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 8 a (neu)

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 23b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Der folgende Artikel wird eingefügt:***

***„Artikel 23b***

***Die Kommission muss alle Sanktionen prüfen, die für Fälle der Verweigerung des Informationsaustauschs oder Auslassungen zu verhängen sind.“***

Or. en

**Änderungsantrag 174**

**Hugues Bayet, Anneliese Dodds, Emmanuel Maurel, Neena Gill, Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo, Doru-Claudian Frunzuliță, Cătălin Sorin Ivan, Elisa Ferreira**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 8 b (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 23c (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Der folgende Artikel wird eingefügt:***

***„Artikel 23c***

***Die Kommission sollte die  
Arbeitsverfahren und die im  
Verhaltenskodex festgelegten Kriterien  
anpassen und ausweiten, um gegen das  
Entstehen neuer Arten schädlicher  
steuerlicher Praktiken innerhalb der  
derzeitigen wirtschaftlichen Umgebung  
vorzugehen.“***

Or. en

**Änderungsantrag 175**  
**Jonás Fernández, Ramón Jáuregui Atondo**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 8 c (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 24 – Absatz 1

*Derzeitiger Wortlaut*

*Geänderter Text*

1. Erhält die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats von einem Drittland Informationen, die für die Anwendung und Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts dieses Mitgliedstaats über die in Artikel 2 genannten Steuern voraussichtlich erheblich sind, so kann diese Behörde diese

***8c) Artikel 24 Absatz 1 wird wie folgt geändert:***

1. Erhält die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats von einem Drittland Informationen, die für die Anwendung und Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts dieses Mitgliedstaats über die in Artikel 2 genannten Steuern voraussichtlich erheblich sind, so kann diese Behörde diese

Informationen — sofern dies aufgrund einer Vereinbarung mit dem betreffenden Drittland zulässig ist — den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, für die diese Informationen von Nutzen sein könnten, **und** allen ersuchenden Behörden zur Verfügung stellen.

Informationen — sofern dies aufgrund einer Vereinbarung mit dem betreffenden Drittland zulässig ist — den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, für die diese Informationen von Nutzen sein könnten, allen ersuchenden Behörden **und der Kommission** zur Verfügung stellen.

Or. es

### **Änderungsantrag 176**

**Marisa Matias, Fabio De Masi, Rina Ronja Kari, Paloma López Bermejo, Miguel Viegas**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 9 a (neu)**

Richtlinie 2011/16/EU

Artikel 27

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**9a. Artikel 27 wird wie folgt geändert:**

**Berichterstattung**

**Alle drei Jahre nach dem Inkrafttreten legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie vor.**

Or. en

### **Änderungsantrag 177**

**Dariusz Rosati**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 2 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten erlassen und veröffentlichen bis zum 31. Dezember **2015** die erforderlichen

Die Mitgliedstaaten erlassen und veröffentlichen bis zum 31. Dezember **2016** die erforderlichen Rechts- und

Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um dieser Richtlinie nachzukommen. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Rechtsvorschriften mit.

Verwaltungsvorschriften, um dieser Richtlinie nachzukommen. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Rechtsvorschriften mit.

Or. en

**Änderungsantrag 178**  
**Dariusz Rosati**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Sie wenden diese Rechts- und Verwaltungsvorschriften ab dem 1. Januar **2016** an.

*Geänderter Text*

Sie wenden diese Rechts- und Verwaltungsvorschriften ab dem 1. Januar **2017** an.

Or. en